

- 897 / 10 - 92 / 93

**Belgische Kamer
van Volksvertegenwoordigers**

GEWONE ZITTING 1992-1993 (*)

13 MEI 1993

WETSVOORSTEL

**tot vervollediging van de
federale Staatsstructuur**

ADVIES VAN DE RAAD
VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

- 897 / 10 - 92 / 93

**Chambre des Représentants
de Belgique**

SESSION ORDINAIRE 1992-1993 (*)

13 MAI 1993

PROPOSITION DE LOI

**visant à achever la structure
fédérale de l'Etat**

AVIS DU CONSEIL
DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

**Met redenen omkleed advies be-
treffende het wetsvoorstel tot
vervollediging van de federale
staatsstructuur**

**Avis motivé sur la proposition de
loi visant à achever la structu-
re fédérale de l'Etat**

**Mit Gründen versehenes Gutach-
ten zum Gesetzesvorschlag
zur vollendung der föderalen
Staatsstruktur**

Zie :

- 897 - 92 / 93 :

- N° 1 : Wetsvoorstel van de heer Langendries.
- N° 2 : Advies van de Raad van State.
- N° 3 tot 9 : Amendementen.

(*) Tweede zitting van de 48^e zittingsperiode.

Voir :

- 897 - 92 / 93 :

- N° 1 : Proposition de loi de M. Langendries.
- N° 2 : Avis du Conseil d'Etat.
- N° 3 à 9 : Amendements.

(*) Deuxième session de la 48^e législature.

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen :

KAPITEL I - VORBEMERKUNGEN

Das vorliegende Gutachten kann nicht losgelöst von den auf Ebene der Verfassung und des Sondergesetzes vom Rat formulierten Bemerkungen betrachtet werden. Aus diesem Grunde seien diese hier nochmals kurz in Erinnerung gerufen :

§ 1 - Auf Verfassungsebene

Der eigens zur Beratung der Staatsreform eingesetzte Sonderausschuß hat folgende Abänderungsvorschläge zu den in Kammer und Senat hinterlegten Texten zur Verfassungsrevision ausgearbeitet :

1. Abänderungsvorschlag zu Artikel 1 der Verfassung :

Alle im Rat vertretenen Fraktionen befürworten, daß auf dem deutschen Sprachgebiet zukünftig die Deutschsprachige Gemeinschaft alle Befugnisse der gewählten Organe der Provinz Lüttich ausübt. Die Modalitäten der Ausübung und der Finanzierung dieser Befugnisse sollten per Gesetz geregelt werden.

2. Abänderungsvorschlag zu Artikel 49 der Verfassung :

Mit Ausnahme der ECOLO-Fraktion vertreten alle Fraktionen die Ansicht, daß die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf föderaler Ebene ihrer besonderen Lage als Minderheitengruppe entsprechend vertreten sein muß. Deshalb ist es unerlässlich, daß die Deutschsprachige Gemeinschaft neben dem garantierten Sitz im Senat auch und gerade in der Kammer über eine angemessene Vertretung verfügt.

3. Abänderungsvorschlag zu dem neu einzufügenden Artikel 59quater der Verfassung :

Alle Fraktionen des Rates wünschen, daß der Deutschsprachigen Gemeinschaft ebenfalls die sogenannte "konstitutive Autonomie" zuerkannt wird, so daß die bisher immer angestrebte Gleichstellung der drei Gemeinschaften des Landes auch weiterhin sichergestellt wird.

4. Abänderungsvorschlag zu dem neu einzufügenden Artikel 59quinquies der Verfassung :

Da im jetzigen Artikel 59ter § 3 der Verfassung, der nicht in der Erklärung zur Verfassungsänderung aufgeführt ist, nicht ausdrücklich vermerkt wurde, daß die Überantwortung der Ausübung von regionalen Befugnissen an den Rat und die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Übertragung von entsprechenden finanziellen Mitteln einschließt, ist es aus Sicht aller Fraktionen wünschenswert, eine diesbezügliche Verdeutlichung in den neuen Artikel 59quinquies einzubauen, die die Regelung der Finanzierung sowie der etwaigen Übertragung von Personal und Gütern ausdrücklich vorsieht. Mithin wäre die Gefahr einer gegenteiligen Interpretation des Artikels 59ter § 3 gebannt.

§ 2 - Auf Ebene des Sondergesetzsvorschlags

In seinem am 1. Februar 1993 verabschiedeten begründeten Gutachten hat der Rat Abänderungsvorschläge zu folgenden Artikeln des Sondergesetzsvorschlags formuliert :

1. Artikel 2 § 5 und Artikel 4 des Sondergesetzsvorschlags

Der Rat fordert die Übertragung der gewöhnlichen Aufsicht über die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets an die Deutschsprachige Gemeinschaft, da einerseits die bisher ver-

wandte Begründung für das Verbleiben dieser Aufsicht im Befugnisbereich des Nationalstaats u.a. aufgrund des durch das Sondergesetz von 8. August 1988 für die sogenannten "Malmedyer Gemeinden" geschaffenen Präzedenzfalls nicht mehr aufrecht erhalten werden kann und andererseits die Beziehungen zwischen den neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und der Deutschsprachigen Gemeinschaft von außerordentlicher Bedeutung sind.

Um die Aufsichtsstruktur weiter zu vereinfachen, sollte auch die Aufsicht über die "Interkommunalen" entsprechend angepaßt werden.

2. Artikel 7 des Sondergesetzvorschlags

Der Rat weist darauf hin, daß es in bezug auf die gleichzeitige Mitgliedschaft der Wallonischen Regionalräte, die ihren Wohnsitz in einer der 9 Gemeinden des deutschen Sprachgebiets haben und ihren Eid ausschließlich oder an erster Stelle auf Deutsch ablegen, im Französischen Gemeinschaftsrat und im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft einer Klärung bedarf.

3. Artikel 66 des Sondergesetzvorschlags

Der Rat fordert, der Deutschsprachigen Gemeinschaft anstelle der Wallonischen Region die Erhebung von Zuschlaghundertsätzen auf die Rundfunk- und Fernsehgebühren, die im deutschen Sprachgebiet eingenommen werden, zu erlauben. Auf diese Weise könnten die so erhaltenen zusätzlichen Mittel zur Finanzierung von Gemeinschaftskompetenzen, insbesondere des Unterrichtswesen, im deutschen Sprachgebiet verwendet werden.

4. Artikel 80 des Sondergesetzvorschlags

Der Rat vertritt die Ansicht, daß die Regelung, wonach die Flämische und die Französische Gemeinschaft den beruflichen Steuervorabzug auf die Jahresendprämien, die an das Personal der jeweiligen Unterrichtswesen in den Jahren 1991 und 1992 gezahlt worden sind, nicht an das Finanzministerium entrichten müssen, auch auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung finden soll.

KAPITEL II - BEMERKUNGEN TECHNISCHER ART

Der Rat weist darauf hin, daß der Staatsrat in seinem Gutachten vom 1. April 1993 auf einige Mängel der Gesetzesvorlage hingewiesen hat.

Der Rat äußert den Wunsch, daß diesen Bemerkungen, insofern es um rein technische Anmerkungen geht und die betreffenden Artikel hiernach nicht erneut angesprochen werden, bei einer etwaigen Überarbeitung des Gesetzesvorschlags berücksichtigt werden.

§ 1 - Änderungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft

1. Artikel 117 des Gesetzesvorschlags

Artikel 5 § 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 verweist bezüglich der automatischen Übertragung der Schulgebäude an die Gemeinschaft auf Artikel 57 § 3 Abs. 2 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen. Diese Verweisung macht eigentlich keinen Sinn, da es sich dabei um ganz andere Güter handelt als die Schulgebäude, die bereits erschnöpfend behandelt sind. Auch die im Artikel 5 § 2 vorgesehene Verweisung auf Artikel 57 § 1 dieses Sondergesetzes macht keinen Sinn, da diese Bestimmung im Gesetz vom 31. Dezember 1983 den ersten Absatz des Artikels 5 § 2 bildet. Beide Verweisungen müssen daher gestrichen werden.

Artikel 117 des Gesetzesvorschlags müßte um folgenden Absatz ergänzt werden :

In Artikel 5 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzes werden die Worte "Artikel 57 § 3 Absatz 2 Nr. 1 und 57 §§ 1 und 4 bis 7" durch die Worte "Artikel 57 §§ 4 bis 7" ersetzt.

2. Artikel 121bis

Artikel 50 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 bezüglich der Bedingungen und Unvereinbarkeiten der Exekutivmitglieder, die nicht Ratsmitglieder sind, verweist auf die Artikel 9 und 10 desselben Gesetzes; Artikel 9 ist jedoch durch das Gesetz vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgehoben worden. Die Verweisung auf Artikel 9 muß demzufolge entfallen. Eine Verweisung auf Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte allerdings hinzugefügt werden, da dieser Artikel teilweise die Bedingungen des o.a. Artikels 9 enthält und so zwischen Ratsmitgliedern und Exekutivmitgliedern, die nicht Ratsmitglieder sind, angesichts der zu erfüllenden Bedingungen kein Unterschied besteht.

Aus diesem Grunde muß ein Artikel 121bis hinzugefügt werden mit folgendem Wortlaut :

Artikel 121bis - In Artikel 50 desselben Gesetzes werden die Worte "*Artikel 9 und 10*" durch die Worte "*Artikel 10 und Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft*" ersetzt.

§ 2 - Änderungen des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1. Artikel 131 - Behebung gewisser technischer Schwierigkeiten während der Wahl vom 28. Oktober 1990 zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Der Rat stellt fest, daß Artikel 131 des vorliegenden Gesetzesvorschlags darauf abzielt, die während der letzten Wahl zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgetretenen Probleme (Verweigerung des Wahlrechts der Wähler, die nach Erstellung der Wählerliste ihren Wohnsitz in eine Gemeinde außerhalb des deutschen Sprachgebiets verlegt haben und daher umsonst zur Wahl erschienen) durch die Neuformulierung der Bedingung zur Streichung von der Wählerliste ("werden aus der Wählerliste gestrichen, diejenigen, die nach der Erstellung der Wählerliste aus den Bevölkerungsregistern in Belgien gestrichen werden") zukünftig zu vermeiden.

Der Rat stellt des weiteren fest, daß der Staatsrat in seinem Gutachten zum vorliegenden Gesetzesvorschlag gerade diese in Artikel 131 vorgeschlagene Lösung unter Hinweis auf die ebenfalls mangelhafte Regelung des Artikels 3 des vorliegenden Gesetzesvorschlags (im Kapitel II des ersten Buches - Allgemeine Bestimmungen bezüglich der direkten Wahl der Mitglieder des Flämischen Rates und des Wallonischen Regionalrates) kritisiert, da sie zum einen nicht der Bestimmung des durch den Sondergesetzs-vorschlag neu formulierten Artikel 26 § 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 entspreche, die Bedingung zur Streichung von der Wählerliste aus diesem Grunde anders zu formulieren sei und zum anderen zusätzlich die Möglichkeit der Aufnahme in die Wählerlisten der Bürger, die zwischen der Erstellung der Wählerliste und dem Wahltag ihren Wohnsitz in einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets einrichten, vorzusehen habe.

Um die Kohärenz der Wahlgesetzgebung für die Wahlen zu den Räten zu gewährleisten, wünscht der Rat, daß in Anlehnung an die Bemerkungen des Staatsrats zu Artikel 3 des Gesetzesvorschlags die Bestimmung des Artikels 131 entsprechend abgeändert wird.

2. Artikel 139

Für eine etwaige Neuformulierung des Artikels 139 gilt die gleiche Bemerkung wie die für den Artikel 131.

3. Artikel 144

Der Rat stellt fest, daß die durch Artikel 144 vorgeschlagene neue Formulierung des 5. Absatzes des Artikels 22 des Gesetzes vom 6. Juli 1990 darauf abzielt, dem Innenminister auf

begründeten Antrag die Möglichkeit zu geben, die Verwendung eines Listenkürzels zu verbieten, das von einer im Rat vertretenen politischen Formation benutzt und bei einer früheren Wahl zur Erneuerung des Rates, der Gesetzgebenden Kammern oder des Europäischen Parlaments geschützt worden ist.

Der Rat stellt des weiteren fest, daß die vorgeschlagene Regelung bisher nicht für die Listenkürzel gilt, die bei einer Wahl zum Wallonischen Regionalrat oder zum Lütticher Provinzialrat geschützt worden sind.

Um einen möglichst breiten Schutz zu gewährleisten, schlägt der Rat aus diesem Grunde folgende Formulierung vor :

Artikel 144 - In Artikel 22 desselben Gesetzes wird Absatz 5 durch folgende Absätze ersetzt :
 "Die Angabe eines Listenkürzels, das von einer im Rat vertretenen politischen Formation benutzt und bei einer früheren Wahl zur Erneuerung des Rates, der Gesetzgebenden Kammern, des Europäischen Parlaments, *des Wallonischen Regionalrates und des Provinzialrates* geschützt worden ist, kann auf begründeten Antrag dieser Formation vom Innenminister untersagt werden.

Eine Aufstellung der verbotenen Listenkürzel wird am dreiundvierzigsten Tag vor der Wahl im BELGISCHEN STAATSBLATT veröffentlicht."

4. Artikel 157

Der Rat stellt fest, daß die durch Artikel 157 des vorliegenden Gesetzesvorschlags neu eingefügte Bestimmung des Artikels 53 im 1. Absatz den Kandidaten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Möglichkeit eröffnet, in ihrer Erklärung zur Annahme ihrer Kandidatur zu beantragen, daß ihre Liste dasselbe Listenkürzel und dieselbe Nummer erhält wie diejenigen, die auf nationaler Ebene an Listen für die Wahl zum Europäischen Parlament ausgegeben worden sind.

Damit aber eine politische Formation, die sich zur Wahl des Wallonischen Regionalrates, nicht jedoch zur Wahl des Europäischen Parlaments stellt, ebenfalls die Möglichkeit erhält, die Verwendung desselben Listenkürzels und derselben Nummer zu beantragen, äußert der Rat den Wunsch, daß die gleiche Regelung ebenfalls in bezug auf das Kürzel und die Nummer gilt, die auf regionaler Ebene an Listen für die Wahl des Wallonischen Regionalrats ausgegeben worden sind.

Aus diesem Grunde schlägt der Rat folgende Fassung des im Artikel 157 des Gesetzesvorschlags enthaltenen neuen Artikel 53 Absatz 1 vor :

"Artikel 53 - In Abweichung von Artikel 21 können Kandidaten für die Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Erklärung zur Annahme ihrer Kandidatur beantragen, daß ihre Liste dasselbe Kürzel und dieselbe Nummer erhält wie diejenigen, die auf nationaler Ebene an Listen für die Wahl des Europäischen Parlaments *oder auf regionaler Ebene an Listen für die Wahl zum Wallonischen Regionalrat* ausgegeben worden sind."

5. Artikel 159

Analog zu der zu Artikel 131 formulierten Bemerkung wünscht der Rat, daß in Anlehnung an die Bemerkungen des Staatsrats zu Artikel 34 und 35 des Gesetzesvorschlags die in Artikel 159 vorgeschlagene Bestimmung des neuen Artikels 55 entsprechend angepaßt wird.

6. Artikel 164

Die gleiche Bemerkung wie zu Artikel 157 findet auf den Artikel 164 des Gesetzesvorschlags Anwendung.

7. Artikel 166

Siehe die Bemerkung zu Artikel 159 des Gesetzesvorschlags.

KAPITEL III - BEMERKUNGEN ZUM INHALT

§ 1 - Wahl zur Abgeordnetenkommission und zum Wallonischen Regionalrat

1. Wahl zur Abgeordnetenkommission

In Anlehnung an die Resolution des Rates vom 25. Mai 1992 und des zum Artikel 1 der Verfassung vom Sonderausschuß formulierten Abänderungsvorschlags (siehe Kapitel I § 1 Nr. 1) fordert der Rat mit Ausnahme der ECOLO-Fraktion, daß für die Kammerwahlen auf dem deutschen Sprachgebiet ein eigener Wahlkreis eingerichtet wird, so daß für die Bevölkerung dieses Gebiets eine gesicherte Vertretung auch in der Abgeordnetenkommission gewährleistet ist.

2. Wahl zum Wallonischen Regionalrat

In Erwartung der konstitutiven Autonomie des wallonischen Regionalrates, in deren Rahmen eine garantierte und der besonderen Lage der Bevölkerung des deutschen Sprachgebiets entsprechende Vertretung im Wallonischen Regionalrat gewährleistet werden sollte, wünscht der Rat mit Ausnahme der ECOLO-Fraktion, daß zur erstfolgenden Wahl zum Wallonischen Regionalrat für das deutsche Sprachgebiet ein eigener Wahlkreis geschaffen wird.

(siehe hierzu den in der Anlage I befindlichen Abänderungsvorschlag zu Artikel 6 und Artikel 47 und zu den diesbezüglichen Anhängen, der den Bemerkungen des Staatsrats bereits Rechnung trägt).

§ 2 - Ausübung der Provinzzuständigkeiten und der gewöhnlichen Aufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets

1. Bezüglich der Zuständigkeiten der gewählten Organe der Provinz

Aus den Vorbereitungsarbeiten zur Revision des Artikels 59ter der Verfassung (Senat, 1981-1982, Dok. 100, Nr. 4/4, S. 8) geht aufgrund der Aussage des für institutionelle Reformen zuständigen Ministers hervor, daß § 4 des Artikels 59ter u.a. dazu dienen kann, Provinzzuständigkeiten auszuüben. Der Rat sieht hier die Möglichkeit, in Anlehnung an die besondere Regelung für Brüssel, die Ausübung der Kompetenzen des Provinzialrats und der Permanentdeputation übertragen zu lassen, indem der vorliegende Gesetzesvorschlag um einen Artikel ergänzt wird.

Eine solche Übertragung ist angebracht aufgrund der Tatsache, daß bei der Ausübung dieser Befugnisse den spezifischen Bedürfnissen des deutschen Sprachgebiets besser Rechnung getragen werden kann, wenn Rat und Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft diese Ausübung anhand von verordnungsrechtlichen Bestimmungen gewährleisten. Zudem gibt es verschiedene Bereiche, in denen sich Gemeinschafts- und Provinzbefugnisse überschneiden (beispielsweise im Gesundheitswesen, im Tourismus, im Unterrichtswesen, auf kultureller und sozialer Ebene usw.). Eine Aufrechterhaltung der Provinzzuständigkeiten in den Bereichen, in denen die Gemeinschaft über gesetzgebende Befugnisse verfügt, ergibt aufgrund der territorialen Situation keinen Sinn. Ein Grund mehr eine Übertragung der Ausübung dieser Zuständigkeiten und der zugehörigen Mittel zu veranlassen.

Was die Modalitäten der Ausübung dieser Zuständigkeiten sowie der Finanzierung und der Übertragung von Gütern und Personal von der Provinz Lüttich an die Gemeinschaft anbelangt, so werden diese anhand eines Königlichen Erlasses festgelegt.

Da für das deutsche Sprachgebiet der Rat und die Exekutive dann zukünftig die Zuständigkeiten der gewählten Provinzorgane ausüben, ist es des weiteren nur folgerichtig, daß die Bewohner dieses Gebiets nicht mehr die Provinzialräte der Provinz Lüttich wählen, da diese nicht mehr für dieses Gebiet zuständig sind. Demzufolge muß das Provinzgesetz dahingehend abgeändert werden.

Der in der Anlage II befindliche Abänderungsvorschlag setzt den Wunsch des Rates technisch um. Es sei bemerkt, daß sich der neu geschaffene Artikel unter einem neuen Titel IIbis - "Ausübung von Zuständigkeiten in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung" befinden wird.

2. Bezüglich des garantierten Permanentdeputierten

Solange diese Übertragung nicht vollzogen ist, fordert der Rat mit Ausnahme der PDB-Fraktion die Aufhebung des Artikels 55 des Gesetzes vom 23. September 1985 über den Gebrauch der deutschen Sprache in gerichtlichen Angelegenheiten sowie die gerichtliche Organisation, der die Anwendung des Artikels 96, Absatz 2 des Provinzgesetzes vom 30. April 1836 für den Gerichtsbezirk Eupen außer Kraft setzt, um zumindest über einen garantierten Permanentdeputierten aus dem deutschen Sprachgebiet in der Permanentdeputation der Provinz Lüttich zu verfügen, der die spezifischen Interessen dieses Gebiets innerhalb dieses ausführenden Organs vertritt.

(siehe hierzu Anlage III)

3. Bezüglich der gewöhnlichen Aufsicht über die Gemeinden

Falls den Anmerkungen des mit Gründen versehenen Gutachtens des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. Februar 1993 zum Sondergesetzs-vorschlag zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur bezüglich der gewöhnlichen Aufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets (siehe Kapitel I § 2 Nr. 1) nicht Rechnung getragen wird, dann fordert der Rat zumindest die Ausübung dieser Aufsicht in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung.

Um tatsächlich ähnliche Probleme bei der Aufsicht über die Gemeinden zu vermeiden, wie sie kürzlich durch das Urteil des Staatsrates (A. 44.822/VI-10.230) vom 18. November 1992 in bezug auf den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten auf deutliche Weise aufgezeigt wurden und darüber hinaus eine möglichst unkomplizierte Aufsicht zu gewährleisten, erachtet es der Rat als notwendig, daß innerhalb der Aufsichts-prozedur die Provinzorgane nicht mehr tätig sein werden, was ohnehin teilweise bei einer Übertragung der Provinzzuständigkeiten der Fall sein wird.

Ebenfalls für eine Übertragung spricht im übrigen die im Rahmen dieser Staatsreform beabsichtigte Erweiterung der Befugnisse der Gemeinschaften im Bereich der organischen Gesetzgebung über die Öffentlichen Sozialhilfezentren, auf deren Grundlage es der Deutschsprachigen Gemeinschaft möglich sein wird, ihre Exekutive mit der Aufsicht über die ÖSHZ der 9 Gemeinden zu betrauen.

Aus diesen Gründen unterstreicht der Rat nochmals, daß eine effizientere Ausübung der Aufsicht durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in Anbetracht der engen Beziehungen zwischen Gemeinschaft und Gemeinden gewährleistet wäre.

(siehe hierzu die Anlage IV)

§ 3 - Erteilen gewisser Unterrichtsfächer in einer anderen Sprache (Deutsch oder Französisch) als die der Unterrichtssprache auf Grundlage eines alleinigen Beschlusses des Rates ohne Ratifizierung des Parlaments

Artikel 8 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Spachengebrauchs im Unterrichtswesen, auf den Artikel 79 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 verweist, sieht eine Ratifizierung der Beschlüsse des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch das Parlament vor, die die Bedingungen festlegen, auf Grundlage derer die Möglichkeit besteht, in Unterrichtseinrichtungen des deutschen Sprachgebiets bestimmte Unterrichte in Deutsch oder Französisch zu erteilen, wenn diese Sprachen jeweils nicht Unterrichtssprache sind.

Aufgrund der Tatsache, daß die Deutschsprachige Gemeinschaft für das Unterrichtswesen zuständig ist, erachtet der Rat mit Ausnahme der PDB-Fraktion eine Ratifizierung als nicht mehr erforderlich.

Diese Bemerkungen werden technisch in Anlage V umgesetzt.

§ 4 - Ausdrückliche Auflistung von Unvereinbarkeiten

Der Rat stellt fest, daß Artikel 8 des Sondergesetzborschlags für die Mitglieder des Flämischen Rats und des Wallonischen Regionalrats eine erschöpfende Liste der Unvereinbarkeiten vorsieht.

Der Rat stellt des weiteren fest, daß weder das Gesetz vom 31. Dezember 1983 noch der vorliegende Gesetzesvorschlag eine derartige Bestimmung für den Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorsieht.

Der Rat äußert den Wunsch, daß eine ähnliche, den Besonderheiten des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft jedoch angepaßte Bestimmung in bezug auf die Unvereinbarkeiten in das Gesetz vom 31. Dezember 1983 aufgenommen wird.

Der in Anlage VI befindlichen Abänderungsvorschlag setzt die Vorstellung des Rates technisch um; allerdings ist die ECOLO-Fraktion der Ansicht, daß ebenfalls das Mandat als Provinzialrat und die Personalmitglieder des Unterrichtswesens der Deutschsprachigen Gemeinschaft (siehe die Nummern 4 und 10 des vorgeschlagenen Artikels 10bis) in die Liste der Unvereinbarkeiten aufgenommen werden sollten.

§ 5 - Finanzierungsgarantie

Da, wie bereits im o.a. Gutachten angemerkt (siehe Kapitel I § 1 Nummer 4), Artikel 59ter § 3 der Verfassung bei einer etwaigen Übertragung der Ausübung regionaler Kompetenzen nicht explizit die Übertragung dementsprechender finanzieller Mittel vorsieht, ist der Einbau einer solchen Garantie in Artikel 56 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 angebracht, um dieses ungeschriebene Prinzip gesetzlich zu verankern (siehe Anlage VII).

§ 6 - Umbenennungen (Exekutive)

Aufgrund der Tatsache, daß die Exekutiven der anderen Gemeinschaften und Regionen angesichts der Vollendung der föderalen Staatsstruktur in "Regierung" umbenannt werden und als unumstößliches Prinzip die Gleichbehandlung der verschiedenen Gliedstaaten des Föderalstaates Belgien gilt, muß, so stellt der Rat fest, die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft ebenfalls in "Regierung" umbenannt werden und das Gesetz vom 31. Dezember 1983 terminologisch in Einklang mit der neuen föderalen Staatsstruktur gebracht werden.

Eine Umbenennung drängt sich um so mehr auf, als sie durch verschiedene neue Verfassungsartikel (59quater, 59sexies, usw.) indirekt schon stattgefunden hat. Diese Artikel der Verfassung, die ebenfalls auf die Deutschsprachige Gemeinschaft Anwendung finden, verwenden nämlich den Begriff "Regierung", wenn sie von den Exekutiven der Gemeinschaften und Regionen sprechen (siehe Anlage VIII).

§ 7 - Vorschlag der Kandidaten zur Wahl des Europäischen Parlaments

Der Rat stellt fest, daß Artikel 210 des zur Begutachtung vorliegenden Gesetzesvorschlags es lediglich mindestens 200 Wählern ermöglicht, Kandidaten zur Wahl des Vertreters des deutschsprachigen Wahlkollegiums im Europäischen Parlament vorzuschlagen, nicht jedoch einer bestimmten Anzahl von gewählten Mandataren, wie dies für die 2 anderen Wahlkollegien (Invorschlagbringung durch mindestens 5 Parlamentarier der gleichen Sprachengruppe) der Fall ist. Da das deutschsprachige Wahlkollegium jedoch nicht über eine für eine angemessene Invorschlagbringung ausreichende Vertretung in den nationalen Kammern verfügt, wünscht der Rat, daß die Kandidaten für die Wahl des Vertreters des deutschsprachigen Wahlkollegiums zusätzlich zu der Invorschlagbringung durch 200 Wähler von mindestens 3 Ratsmitgliedern vorgeschlagen werden können.

Des weiteren muß es nach Ansicht des Rates den belgischen Wählern, die sich auf dem Grundgebiet eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft aufhalten, ebenfalls möglich sein, Kandidaten für den deutschsprachigen Wahlkreis vorzuschlagen, wenn sie sich für die Zugehörigkeit zum deutschsprachigen Wahlkollegium ausgesprochen haben.

Der im Anhang IX befindliche Abänderungsvorschlag zum Artikel 210 setzt diese Bemerkungen technisch um.

Anlage I - Wahl zur Abgeordnetenversammlung und zum Wallonischen Regionalrat - Abänderung von Artikel 6 und 47 des Gesetzesvorschlags sowie der entsprechenden Tabellen

ARTIKEL 6

"Die Wahl des Flämischen Rates und des Wallonischen Regionalrates findet nach Wahlkreisen statt; mit Ausnahme der Wahlkreise Eupen/St. Vith und Verviers, die zusammen den Verwaltungsbezirk Verviers umschließen, umfaßt jeder Wahlkreis einen oder mehrere Verwaltungsbezirke. Die Aufteilung der Verwaltungsbezirke in Wahlkreise geht aus der diesem Gesetz beigefügten Tabelle 2 hervor.

Die Zusammensetzung und der Hauptort der Wahlkantone sind in der Verteilertabelle ausgewiesen, die Artikel 87 des Wahlgesetzbuches beigefügt ist.

Die Wähler für den Rat werden gemäß Artikel 90 und 91 Absätze 1 bis 3 des Wahlgesetzbuches nach Wahlkantonen in Wahlsektionen aufgeteilt."

ARTIKEL 47

Artikel 87 des Wahlgesetzbuches wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Artikel 87 - Die Wahl für die Abgeordnetenversammlung findet nach Wahlkreisen statt; mit Ausnahme der Wahlkreise Eupen/St. Vith und Verviers, die zusammen den Verwaltungsbezirk Verviers umschließen, umfaßt jeder Wahlkreis einen oder mehrere Verwaltungsbezirke. Die Aufteilung der Verwaltungsbezirke in Wahlkreise geht aus der diesem Gesetzbuch beigefügten Tabelle hervor."

Circonscription électorale de
SOIGNIES

Kieskring ZINNIK

Chef-lieu : SOIGNIES

Hoofdplaats : ZINNIK

Arrondissement administratif de SOIGNIES
Administratief Arrondissement ZINNIK

Cantons électoraux / Kieskantons

SOIGNIES (Zinnik)
ENGHIEN (Edingen)
LA LOUVIERE
LESSINES (Lessen)
LE ROEULX

Circonscription électorale de THUIN

Kieskring THUIN

Chef-lieu : THUIN

Hoofdplaats : THUIN

Arrondissement administratif de THUIN
Administratief Arrondissement THUIN

Cantons électoraux / Kieskantons

THUIN
BEAUMONT
BINCHE
CHIMAY
MERBES-LE-CHATEAU

PROVINCE DE LIEGE

PROVINCIE LUIK

Circonscription électorale de LIEGE

Kieskring LUIK

Chef-lieu : LIEGE

Hoofdplaats : LUIK

Arrondissement administratif de LIEGE
Administratief Arrondissement LUIK

Cantons électoraux / Kieskantons

LIEGE (Luik)
VISE (Wezet)
BASSENCE (Bitsingen)
FLERON
HERSTAL
GRACE-HOLLOGNE
AYWAILLE
SAINT-NICOLAS
SERAING

Circonscription électorale de
HUY-WAREMME

Kieskring HOEI-BORGWORM

Chef-lieu : HUY

Hoofdplaats : HOEI

Arrondissement administratif de HUY
Administratief Arrondissement HOEI

Cantons électoraux / Kieskantons

HUY (Hoei)
FERRIERES
HERON
VERLAINE
NANDRIN

Arrondissement administratif de WAREMME
Administratief Arrondissement BORGWORM

Cantons électoraux / Kieskantons

WAREMME (Borgworm)
HANNUT (Hannuit)

Circonscription électorale de
VERVIERS

Kieskring VERVIERS

Chef-lieu : VERVIERS

Hoofdplaats : VERVIERS

Arrondissement administratif de VERVIERS
Administratief Arrondissement VERVIERS

Cantons électoraux / Kieskantons

VERVIERS
AUBEL
DISON

HERVE
LIMBOURG (Limburg)
MALMEDY

SPA
STAVELOT

Circonscription électorale de
EUPEN-SAINT-VITH

Kieskring EUPEN-
SAINT-VITH

Chef-lieu : EUPEN

Hoofdplaats : EUPEN

Arrondissement administratif de VERVIERS
Administratief Arrondissement VERVIERS

Cantons électoraux / Kieskantons

EUPEN
SAINT-VITH (Sankt-Vith)

PROVINCE DE LIEGE - PROVINCE LUK

KIESKRING - CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	HOOFDPLAATS KIESKRING - CHEF-LIEU DE LA CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	ADMINISTRATIEF ARRONDISSEMENT - ARRONDISSEMENT ADMINISTRATIF	KIESKANTON - CANTON ELECTORAL	HOOFDPLAATS KIESKANTON - CHEF LIEU DU CANTON ELECTORAL	GEMEENTEN VAN HET KIES- KANTON - COMMUNES COMPOSANT LE CANTON ELECTORAL
Liège (Luik)	Liège (Luik)	Liège (Luik)	Liège (Luik)	Liège (Luik)	Liège (Luik)
			Visé (Wetzl)	Visé (Wetzl)	Visé (Wetzl) Dathem
			Bassenge (Bitsingen)	Bassenge (Bitsingen)	Bassenge (Bitsingen) Juprelle Oupeye
			Héron	Héron	Héron Beyne Housay Blégny Chaudfontaine Sommagne Trooz
			Herstal	Herstal	Herstal
			Grâce Hologne	Grâce Hologne	Grâce Hologne Awans Flémalle
			Aywaille	Aywaille	Aywaille Comblain au Pont Esneux Spilmont
			Saint Nicolas	Saint Nicolas	Saint Nicolas Ans
Huy (Hoei) - Waremme Borgworm	Huy (Hoei)	Huy (Hoei)	Seraing	Seraing	Seraing Neupré
			Huy (Hoei)	Huy (Hoei)	Huy (Hoei) Amey Marchin Wanze
			Ferrières	Ferrières	Ferrières
			Héron	Héron	Héron Burdinne
			Vervaino	Vervaino	Vervaino Villers le Bouillet

TABELLE zu Artikel 87 des "Wahlgesetzbuches"

[13]

- 897 / 10 - 92 / 93

KIESKRING - CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	HOOFDPLAATS KIESKRING - CHIEF-LIEU DE LA CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	ADMINISTRATIEF ARRONDISSEMENT - ARRONDISSEMENT ADMINISTRATIF	KIESKANTON - CANTON ELECTORAL	HOOFDPLAATS KIESKANTON - CHIEF LIEU DU CANTON ELECTORAL	GEMEENTEN VAN HET KIES- KANTON - COMMUNES COMPOSANT LE CANTON ELECTORAL
			Nandrin	Nandrin	Nandrin Anthlènes Clavier Engis Hamoir Modave Ouffet Tintot
			Waremme (Borgworm)	Waremme (Borgworm)	Waremme (Borgworm) Burloz Crisnée Donceel Falmes Fexhe le Haut Clocher Geer Oreye (Oerle) Remicourt Saint Georges sur Meuse
			Hannut (Hannuit)	Hannut (Hannuit)	Hannut (Hannuit) Braives Lincent (Lijsem) Wasselges
Verviers	Verviers	Verviers	Verviers	Verviers	Verviers Olne
			Aubel	Aubel	Aubel Plomblères
			Dison	Dison	Dison
			Herve	Herve	Herve Thimister Clermont
			Limbourg (Limburg)	Limbourg (Limburg)	Limbourg (Limburg) Baelen Jalhay Welkenraedt
			Malmédy	Malmédy	Malmédy Walmes (Welsmes)

KIESKRIEG - CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	HOOFDPLAATS KIESKRIEG - CHEF-LIEU DE LA CIRCONSCRIPTION ELECTORALE	ADMINISTRATIEF ARRONDISSEMENT - ARRONDISSEMENT ADMINISTRATIF	KIESKANTON - CANTON ELECTORAL	HOOFDPLAATS KIESKANTON - CHEF LIEU DU CANTON ELECTORAL	GEMEENTEN VAN HET KIES- KANTON - COMMUNES COMPOSANT LE CANTON ELECTORAL
Eupen-Saint-Vith	Eupen	Verviers			
			Spa	Spa	Spa Pepinster Theux
			Stavelot	Stavelot	Stavelot Herveux Stoumont Trois-Ponts
			Eupen	Eupen	Eupen Kelms (La Calamine) Lontzen Raeren
			Sankt Vith (Saint-Vith)	Sankt Vith (Saint-Vith)	Sankt Vith (Saint-Vith) Amel (Amblève) Büllingen (Bullange) Burg-Reuland Bütgenbach (Bütgenbach)

Anlage II - Ausübung der Zuständigkeiten der gewählten Organe der Provinz - Einfügen zweier neuer Artikel in den Gesetzesvorschlag sowie Abänderung der Artikel 223, 232 und 250

ARTIKEL 117BIS

Im selben Gesetz wird zwischen Titel II und Titel III ein Titel IIbis mit folgender Überschrift eingefügt "Ausübung von Zuständigkeiten in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung".

ARTIKEL 117TER

Im selben Gesetz wird unter Titel IIbis ein Artikel 5bis eingefügt, der folgendermaßen lautet :

"Artikel 5bis - In Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung üben der Rat und die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das deutsche Sprachgebiet alle Zuständigkeiten der gewählten Provinzorgane aus.

Ein Königlicher Erlaß legt die genauen Modalitäten der Ausübung dieser Zuständigkeiten sowie der Finanzierung und der Übertragung von Gütern und Personen der Provinz Lüttich an die Deutschsprachige Gemeinschaft fest."

ARTIKEL 223

§ 1 - Zwischen Absatz 1 und 2 des Artikels 2 desselben Gesetzes wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt :

"Sobald der Rat und die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung für das deutsche Sprachgebiet die Zuständigkeiten der gewählten Provinzorgane ausüben, gehören die Personen, die in den Bevölkerungsregistern einer der 9 Gemeinden des deutschen Sprachgebiets eingetragen sind, nicht dem Wahlkollegium der Provinz Lüttich an und gilt dieses Gebiet nicht als ein in Absatz 1 angeführter Distrikt."

§ 2 - Absatz 2 wird zu Absatz 3.

§ 3 - Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

"Für die Zusammenlegung der Wahlkantone und die Benennung der Bezirkshauptorte wird die diesem Gesetz beigelegte Tabelle benutzt. Die Aufteilung der Provinzialräte auf die Wahlbezirke wird alle zehn Jahre überprüft und binnen zwei Jahren nach der Volkszählung der nach der Ermittlung der Bevölkerungszahl durch jedes andere gesetzliche bestimmte Mittel durch Königlichen Erlaß mit der Bevölkerungszahl in Einklang gebracht."

ARTIKEL 232

Artikel 1 des organischen Gesetzes vom 19. Oktober 1921 über die Provinzwahlen, abgeändert durch das Gesetz vom 26. Juli 1948, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Artikel 1 § 1 - An der Wahl zur Provinz kann nur teilnehmen, wer

1. Belgier ist;
2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat,
3. unter Vorbehalt der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 des Provinzgesetzes vom 30. April 1836, in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde der Provinz eingetragen ist;
4. sich nicht in einem der im Wahlgesetzbuch erwähnten Fälle befindet, in denen er vom Wahlrecht ausgeschlossen oder in denen sein Wahlrecht ausgesetzt ist;

§ 2 - Die in § 1 Nr. 2 und 4 erwähnten Bedingungen müssen am Wahltag erfüllt sein; diejenigen, die in § 1 Nr. 1 und 3 erwähnt sind, müssen am Tag der Aufstellung der Wählerliste erfüllt sein.

§ 3 - Die Wähler, die zwischen dem Tag der Erstellung der Wählerliste und dem Wahltag die belgische Staatsangehörigkeit verlieren oder nicht mehr in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde Belgiens eingeschrieben sind, werden aus der Wählerliste gestrichen.

Wähler, gegen die nach Erstellung der Wählerliste eine Verurteilung oder Entscheidung getroffen wird, die für sie entweder den Ausschluß vom Wahlrecht oder die Aussetzung dieses Rechts am Wahltag zur Folge hat, werden ebenfalls aus der Wählerliste gestrichen.

§ 4 - Spätestens am fünfundzwanzigsten Tag vor dem Wahldatum sendet die Gemeindeverwaltung dem Provinzgouverneur oder dem von ihm bestimmten Beamten zwei Exemplare der Wählerliste.

§ 5 - Die Artikel 6 bis 9bis, 13 und 16 bis 39 des Wahlgesetzbuches finden mit den erforderlichen Anpassungen Anwendung auf die Provinzwahlen."

ARTIKEL 250

Artikel 23 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 17. März 1958, 28. Juni 1984 und 7. Januar 1991, wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Artikel 23 - In den Provinzialrat gewählt werden und Mitglied des Provinzialrates bleiben kann nur, wer

1. Belgier ist;
2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat;
3. vorbehaltlich des Absatzes 2, in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde der Provinz eingetragen ist.

Sobald der Rat und die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung für das deutsche Sprachgebiet die Zuständigkeiten der gewählten Provinzorgane ausüben, können die Personen, die in den Bevölkerungsregistern einer Gemeinde des deutschen Sprachgebiets eingetragen sind, nicht mehr für die Wahl zum Lütticher Provinzialrat kandidieren.

Sind nicht wählbar :

1. diejenigen, die aufgrund einer Verurteilung vom Wahlrecht ausgeschlossen sind;
2. diejenigen, die in Anwendung von Artikel 6 des Wahlgesetzbuches von der Wählerschaft ausgeschlossen sind;
3. diejenigen, deren Wahlrecht in Anwendung von Artikel 7 des Wahlgesetzbuches ausgesetzt ist.

Die Wählbarkeitsbedingungen müssen spätestens am Tage der Wahl erfüllt sein."

Anlage III - Permanentdeputierter für den Gerichtsbezirk Eupen - Einfügen in den Gesetzesvorschlag eines neuen Titels XIV und eines neuen Artikels 332bis

Titel XIV

Abänderung des Gesetzes vom 23. September 1985 über den Gebrauch der deutschen Sprache in gerichtlichen Angelegenheiten und der gerichtlichen Organisation

ARTIKEL 332BIS

Artikel 55 des Gesetzes vom 23. September 1985 über den Gebrauch der deutschen Sprache in gerichtlichen Angelegenheiten und die gerichtliche Organisation wird aufgehoben.

Sobald der Rat und die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung für das deutsche Sprachgebiet die Zuständigkeiten der gewählten Provinzorgane ausüben, findet Artikel 96 Absatz 2 des Provinzgesetzes vom 30. April 1836 auf den Gerichtsbezirk Eupen keine Anwendung.

Anlage IV - Ausübung der gewöhnlichen Aufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets - Einfügen eines neuen Artikels 117quater in den Gesetzesvorschlag

ARTIKEL 117QUATER

Im selben Gesetz wird unter Titel IIbis ein Artikel 5ter eingefügt, der folgendermaßen lautet :

"Artikel 5ter - In Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung übt die Exekutive die in Artikel 7 Absatz 2 Nummer 1 des Sondergesetzes vorgesehene gewöhnliche Aufsicht aus".

Anlage V - Erteilen gewisser Unterrichtsfächer in einer anderen Sprache (Deutsch und Französisch) als die der Unterrichtssprache auf Grundlage eines alleinigen Beschlusses des Rates ohne Ratifizierung des Parlaments - Änderung des Artikels 130 sowie Einfügen der Artikel 117quinquies und 322bis in den Gesetzesvorschlag

ARTIKEL 117QUINQUIES

Im selben Gesetz wird unter Titel IIbis ein Artikel 5quater mit folgendem Wortlaut eingefügt :
"Artikel 5quater - In Anwendung von Artikel 59ter § 4 der Verfassung legt der Rat für die Unterrichtseinrichtungen, die sich im deutschen Sprachgebiet befinden, die Bedingungen fest, nach denen die Möglichkeit besteht, einen Teil des Studienprogramms ab dem dritten Studienjahr des Primarunterrichts in :

1. französischer Sprache an den Primar-, Sekundar- und Hochschulen deutscher Sprache zu erteilen;
2. deutscher Sprache an den Primar-, Sekundar- und Hochschulen französischer Sprache zu erteilen.

ARTIKEL 130

Die Artikel 45, 56 Nummer 3 und 79 desselben Gesetzes sind aufgehoben.

Ein zusätzlicher Titel IXbis muß in den Gesetzesvorschlag eingefügt werden

TITEL IXBIS

Abänderung des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachengebrauchs im Unterrichtswesen

ARTIKEL 322BIS

Artikel 8 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen ist aufgehoben.

Anlage VI - Ausdrückliche Auflistung von Unvereinbarkeiten - Änderung der Artikel 118 und 369 des Gesetzesvorschlags sowie Einfügen eines neuen Artikels 119bis

ARTIKEL 118

Artikel 8 § 4 desselben Gesetzes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

"§ 4 - Wohnen den Sitzungen des Rates von Rechts wegen mit beratender Stimme bei :

1. die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder der Abgeordnetenversammlung, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben und die den Verfassungseid ausschließlich oder an erster Stelle auf Deutsch geleistet haben;
2. insofern sie nicht Mitglied des Rates sind, die im Wahlkreis Verviers gewählten Mitglieder des Wallonischen Regionalrates, die beiden in Nummer 1 gestellten Bedingungen genügen;
3. die vom französischen Wahlkollegium sowie die vom Senat gewählten Senatoren, die beiden in Nummer 1 gestellten Bedingungen genügen.
4. insofern sie nicht Mitglied des Rates sind, die im Wahlbezirk Eupen gewählten Provinzialräte, die beiden in Nummer 1 gestellten Bedingungen genügen."

ARTIKEL 119BIS

Es wird ein Artikel 10bis mit folgendem Wortlaut in dasselbe Gesetz eingefügt :

"Artikel 10bis - Das Mandat als Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist unvereinbar mit folgenden Ämtern oder Mandaten :

1. Mitglied der Abgeordnetenversammlung,
2. Senator nach Artikel 53 § 1 Nr. 1, 2, 3, 4, 6 und 7 der Verfassung,
3. Minister oder Staatssekretär des Föderalstaates,
4. Provinzgouverneur, stellvertretender Gouverneur, beigeordneter Gouverneur, Direktor der Provinzverwaltung,
5. Bezirkskommissar,
6. Amtsinhaber im Gerichtswesen,
7. Staatsratsmitglied, Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung oder Mitglied des Auditorats, des Koordinationsbüros oder der Kanzlei des Staatsrates,
8. Richter, Referendar oder Greffier beim Schiedshof,
9. Militärperson im Dienst, mit Ausnahme der wiedereingezogenen Reserveoffiziere und Wehrpflichtigen,
10. mit Ausnahme der in Artikel 10 erwähnten Personen, Mitglied des Personals unter der Dienstaufsicht des Rates oder der Regierung oder Mitglied des Personals einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung unter der Dienstaufsicht oder Kontrolle der Regierung,
11. Mitglied des Rechnungshofes."

ARTIKEL 369

"Artikel 369 - Die Artikel 113, 114 und 119bis Nr. 1 und 2 sowie 323 treten am Tage der nächsten vollständigen Erneuerung der Abgeordnetenversammlung in Kraft."

Anlage VII - Finanzierungsgarantie - Abänderung von Artikel 123 des Gesetzesvorschlags

ARTIKEL 123

In Artikel 56 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 18. Juli 1990, werden die Nummern 1bis und 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt :

"1.bis Steuereinnahmen, auf die sich dieses Gesetz bezieht;"

"5. Mittel zu Lasten des Haushalts der Wallonischen Region für die Ausübung regionaler Kompetenzen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 59ter § 3 der Verfassung ."

Anlage VIII - Umbenennungen (Exekutive) - Einfügen eines neuen Artikels 129bis in den Gesetzesvorschlag

ARTIKEL 129BIS

Die Worte "Exekutive", "nationale Regierung" und "nationale Obrigkeit" desselben Gesetzes werden jeweils durch die Worte "Regierung", "föderale Regierung" und "föderale Obrigkeit" ersetzt.

Der König bringt durch einem im Ministerrat beschlossenen Erlaß die Bestimmungen der anwendbaren Gesetze und deren Ausführungserlasse in Einklang mit der neuen föderalen Terminologie, indem :

- a) die Worte "nationale Obrigkeit" und "Regierung" jeweils durch die Worte "föderale Obrigkeit" und "föderale Regierung" ersetzt werden;
- b) das Wort "Exekutive" durch das Wort "Regierung" ersetzt wird.

Anlage IX - Vorschlag der Kandidaten zur Wahl des Europäischen Parlaments - Änderung von Artikel 210 des Gesetzesvorschlags

ARTIKEL 210*

Artikel 21 desselben Gesetzes wird wie folgt geändert :

1. In § 1 wird der Wortlaut hinter dem zweiten Gedankenstrich durch folgenden Wortlaut ersetzt :

"oder durch mindestens fünftausend Wähler, die in einer der fünf Provinzen oder im Wahlkreis Brüssel-Hal-Vilvorde eingetragen sind und das Wahlkollegium bilden, dem die vorgeschlagenen Kandidaten angehören."

2. In § 1 Absatz 2 werden die Wörter "Provinz Brabant" ersetzt durch die Wortfolge "im Wahlkreis Brüssel-Hal-Vilvorde eingetragen betrachtet, wenn sie sich gemäß Artikel 5 letzter Absatz für das niederländische oder französische Wahlkollegium entschieden haben und als im deutschsprachigen Wahlkreis eingetragen betrachtet, wenn sie sich gemäß Artikel 5 letzter Absatz für das deutschsprachige Wahlkollegium entschieden haben".

* Sollte aufgrund der Bemerkungen des Staatsrats in seinem Gutachten vom 1. April 1993 Artikel 21 des Gesetzes vom 23. März 1989 bezüglich der Wahl des Europäischen Parlaments neu formuliert werden, so wünscht der Rat, daß mit vorliegendem Abänderungsvorschlag Rechnung getragen wird.

3. § 1 wird durch folgenden Absatz ergänzt :

"Im deutschsprachigen Wahlkollegium muß die Vorschlagsurkunde entweder von 3 Mitgliedern des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder mindestens von zweihundert Wählern, die in gleich welcher der zum Wahlkollegium gehörenden Gemeinden eingetragen sind, unterzeichnet sein.

4. § 2 Absatz 4 Satz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Die Angabe eines Kürzels, das von einer in der Kammer oder im Senat vertretenen politischen Formation verwendet und bei einer Wahl zur Erneuerung des Europäischen Parlaments, der Gesetzgebenden Kammern oder der Regionalräte geschützt worden ist, kann auf begründeten Antrag dieser Formation vom Innenminister verboten werden."

5. § 2 Absatz 6 Satz 2 wird durch folgenden Satz ersetzt :

"In derselben Erklärung haben die Kandidaten, die dem französischen, dem niederländischen oder dem deutschen Wahlkollegium vorgeschlagen werden, nachzuweisen, daß sie französischsprachig, niederländischsprachig oder deutschsprachig sind."

VOM RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ANGENOMMEN

Eupen, den 10. Mai 1993

M. BECKERS
Generalsekretär

M. GROSCH
Präsident

NEDERLANDSE VERTALING

MET REDENEN OMKLEED ADVIES BETREFFENDE HET WETSVORSTEL TOT
VERVOLLEDIGING VAN DE FEDERALE STAATSSTRUCTUUR

HOOFDSTUK I - INLEIDENDE OPMERKINGEN

Het onderhavig advies vormt een geheel met de opmerkingen van de Raad omtrent de herziening van de Grondwet en het voorstel van bijzondere wet. Daarom worden deze nog eens kort in herinnering gebracht :

§ 1 Op het grondwettelijke vlak

De commissie die speciaal is ingericht voor de discussie over de staatshervorming heeft volgende amendementen uitgewerkt bij de teksten die in de Kamer en in de Senaat tot herziening van de Grondwet zijn ingediend :

1. Amendement bij artikel 1 van de Grondwet

Alle fracties in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap bepleiten dat de Duitstalige Gemeenschap in de toekomst alle bevoegdheden van de gekozen organen van de provincie Luik in het Duits taalgebied uitoefent. De modaliteiten van de uitoefening en de financiering van deze bevoegdheden zouden door de wet moeten worden geregeld.

2. Amendement bij artikel 49 van de Grondwet

Met uitzondering de Ecolo-fractie zijn alle fracties van mening dat bij de vertegenwoordiging van de bevolking van de Duitstalige Gemeenschap op federaal vlak rekening moet worden gehouden met haar specifieke situatie. Gelet op het feit dat de Kamer van volksvertegenwoordigers in de toekomst een belangrijkere rol zal spelen, is het absoluut noodzakelijk dat de Duitstalige Gemeenschap naast de gewaarborgde zetel in de Senaat ook en vooral over een gepaste vertegenwoordiging in de Kamer beschikt.

3. Amendement bij het nieuwe artikel 59quater van de Grondwet

Alle fracties in de Raad wensen dat de zogenaamde "constitutieve autonomie" ook aan de Duitstalige Gemeenschap wordt toegekend opdat de tot nu toe steeds nagestreefde gelijkstelling tussen de drie Gemeenschappen

van het land verder wordt gewaarborgd.

4. Amendement bij het nieuwe artikel 59quinquies van de Grondwet

Omdat in het huidige artikel 59ter § 3 van de Grondwet dat niet voorkomt in de verklaring tot herziening van de Grondwet, niet uitdrukkelijk staat dat de overdracht van de uitoefening van regionale bevoegdheden naar de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap de overdracht van de gepaste financiële middelen inhoudt, is het volgens alle fracties wenselijk in het nieuwe artikel 59quinquies een desbetreffende verduidelijking te verwerken die de financiering en de eventuele overdracht van personeelsleden en goederen uitdrukkelijk regelt. Zodoende zou het gevaar van een tegensprekelijke uitlegging van artikel 59ter § 3 worden bezworen.

§ 2 Op het vlak van het voorstel van bijzondere wet

In zij met redenen omkleed advies van 1 februari heeft de Raad amendementen bij volgende artikelen van het voorstel tot bijzondere wet ingediend :

1. Artikel 2 § 5 en artikel 4 van het voorstel van bijzondere wet

De Raad eist dat de gewone toezicht op de negen gemeenten van het Duits taalgebied aan de Duitstalige Gemeenschap wordt overgedragen omdat enerzijds het argument dat tot nut toe werd aangevoerd om deze toezicht in de bevoegdheidssfeer van de nationale Staat te behouden onder meer door het precedent dat door de bijzondere wet van 8 augustus 1988 voor de zogenoemde "Malmedyse gemeenten" is geschept, niet meer kan worden gehandhaafd en anderzijds de betrekkingen tussen de negen gemeenten van het Duits taalgebied en de Duitstalige Gemeenschap van uitzonderlijk belang zijn.

2. Artikel 7 van het voorstel van bijzondere wet

De Raad maakt erop attent dat zal moeten worden opgehelderd of de leden van de Waalse Gewestraad die in een van de 9 gemeenten van het Duits taalgebied woonachtig zijn en de eed uitsluitend of eerst in het Duits hebben afgelegd tegelijkertijd lid van de Raad van de Franse Gemeenschap en lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap mogen zijn.

3. Artikel 66 van het voorstel van bijzondere wet

De Raad eist dat de toelating om opcentiemen op het kijk- en luistergeld dat in het Duitstalige gebied wordt geïnd aan de Duitstalige Gemeenschap in plaats van het Waalse Gewest wordt verstrekt. Op deze wijze kunnen de aldus geïnde bijkomende middelen voor de financiering van gemeenschapsbevoegdheden, inzonderheid voor het onderwijs, in het Duitstalige gebied worden gebruikt.

4. Artikel 80 van het voorstel van bijzondere wet

De Raad is van mening dat de regeling volgens welke de Vlaamse en de Franse Gemeenschap de bedrijfsvoorheffing op de eindejaarstoelagen die in de jaren 1991 en 1992 aan de personeelsleden van hun onderwijs zijn betaald niet aan het Ministerie van Financiën moet worden gestort, ook van toepassing wordt op de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK II - OPMERKINGEN VAN TECHNISCHE AARD

De Raad maakt erop attent dat de Raad van State in zijn advies van 1 april 1993 enkele leemten van het wetsvoorstel heeft aangewezen. De Raad wenst dat rekening wordt gehouden met deze opmerkingen bij een eventuele herziening van het wetsvoorstel voor zover het om zuiver technische aanpassingen gaat en de betrokken artikelen hieronder niet opnieuw worden behandeld.

§ 1 Wijzigingen van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap

1. Artikel 117 van het wetsvoorstel

Artikel 5, § 2 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap verwijst betreffende de automatische overdracht van de schoolgebouwen aan de Duitstalige Gemeenschap naar artikel 57 § 3 lid 2, 1°, van de bijzondere wet van 16 januari 1989 tot financiering van de Gemeenschappen en Gewesten. Deze verwijzing heeft eigenlijk geen zin omdat het daar om helemaal andere goederen gaat dan schoolgebouwen die reeds uitvoerig zijn behandeld. Ook de verwijzing naar artikel 57 § 1 van deze bijzondere wet in dit artikel 5 § 2 heeft geen zin omdat deze bepaling in de wet van 31 december 1983 het eerste lid van artikel 5 § 2 vormt. Beide verwijzingen moeten dus worden geschrapt.

Artikel 117 van het wetsvoorstel zou door volgend lid moeten worden vervolledigd :

In artikel 5, § 2, tweede lid van dezelfde wet worden de woorden "artikelen 57, § 3, tweede lid, 1°, en 57, §§ 1 en 4 tot 7" vervangen door de woorden "artikelen 57, §§ 4 tot 7."

2. Artikel 121bis

Artikel 50 van de wet van 31 december 1983 betreffende de voorwaarden en onverenigbaarheden van de leden van de Executieve die geen lid zijn van de Raad, verwijst naar de artikelen 9 en 10 van dezelfde wet; artikel 9 is echter opgeheven door de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop de Raad van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen. De verwijzing naar artikel 9 moet derhalve worden

geschrapt. Een verwijzing naar artikel 5 van de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop de Raad van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen zou echter moeten worden bijgevoegd omdat dit artikel gedeeltelijk de voorwaarden van bovenvermeld artikel 9 bevat en dus tussen de leden van de Raad en de leden van de Executieve die geen lid zijn van de Raad qua vereisten geen verschil bestaat. Om deze reden moet een artikel 121bis, luidend als volgt, worden ingevoegd:

"Art. 121bis - In artikel 50 van dezelfde wet worden de woorden "artikelen 9 en 10" vervangen door de woorden "artikel 10 en in artikel 5 van de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop de Raad van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen."

§ 2 - Wijzigingen van de wet van 6 juli 1990 tot regeling van de wijze waarop de Raad van de Duitstalige Gemeenschap wordt verkozen."

1. Artikel 131 - Bezwaren van bepaalde technische moeilijkheden gedurende de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap op 28 oktober 1990

De Raad stelt vast dat de bedoeling van artikel 131 van onderhavig wetsvoorstel is de problemen die bij de laatste verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap (weigering van het kiesrecht aan de kiezers die hun woonplaats na de opstelling van de kiezerslijst naar een gemeente buiten het Duits taalgebied hebben verplaatst en daarom tevergeefs bij de verkiezing zijn verschenen) zijn opgetreden door een herziening van de voorwaarden voor de schrapping van de kiezerslijst ("Van de kiezerslijst worden de kiezers geschrapt die na de opstelling van de kiezerslijst van de bevolkingsregisters in België worden geschrapt") in de toekomst te voorkomen.

De Raad stelt bovendien vast dat de Raad van State in zijn advies betreffende het onderhavig wetsvoorstel precies de oplossing voorgesteld in artikel 131 bij verwijzing naar de eveneens gebrekkige oplossing in artikel 3 van onderhavig wetsvoorstel (Boek I, Hoofdstuk II - Algemene bepalingen betreffende de rechtstreekse verkiezing van de leden van de Vlaamse Raad en van de Waalse Gewestraad) bekritiseert omdat deze enerzijds niet overeenstemt met de tekst van het - door het voorstel van bijzondere wet - nieuw geformuleerde artikel 26 § 1 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 - deze bepaling tot schrapping van de kiezerslijst zou om deze reden anders moeten worden geformuleerd - en omdat anderzijds in de mogelijkheid moet worden voorzien de burgers in de kiezerslijst op te nemen die tussen de opstelling van de kiezerslijst en de dag van de verkiezing hun woonplaats in een gemeente van het Duits taalgebied inrichten.

Om de coherentie van de kieswetgeving voor de verkiezing van de Raden te waarborgen, wenst de Raad dat de bepaling van artikel 131 volgens de opmerkingen van de Raad van State omtrent artikel 3 van het wetsvoorstel wordt

gewijzigd.

2. Artikel 139

Voor een eventuele herziening van artikel 139 geldt dezelfde opmerking als voor artikel 131.

3. Artikel 144

De Raad stelt vast dat de door artikel 144 voorgestelde nieuwe tekst van artikel 22, lid 5 van de wet van 6 juli 1990 bedoelt de Minister van binnenlandse zaken in staat te stellen op gemotiveerd verzoek het gebruik van een letterwoord te verbieden waarvan gebruik is gemaakt door een politieke formatie die in de Raad is vertegenwoordigd en waaraan bij een vorige verkiezing met het oog op de vernieuwing van de Raad, van de Wetgevende Kamers of van het Europees Parlement bescherming is verleend.

De Raad stelt bovendien vast dat de voorgestelde regeling tot nu toe niet voor letterwoorden geldt waaraan bij een verkiezing met het oog op de vernieuwing van de Waalse Gewestraad of de Luikse Provincieraad bescherming is verleend.

Om een zo breed mogelijke bescherming te waarborgen stelt de Raad derhalve volgende tekst voor:

Artikel 144 - In artikel 22 van dezelfde wet wordt het vijfde lid vervangen door volgende leden:

"De vermelding van een letterwoord waarvan gebruik is gemaakt door een politieke formatie die in de Raad is vertegenwoordigd en waaraan bij een vorige verkiezing met het oog op de vernieuwing van de Raad, van de Wetgevende Kamers, van het Europees Parlement, van de Waalse Gewestraad en van de Luikse Provincieraad bescherming is verleend, kan op gemotiveerd verzoek van die formatie door de Minister van Binnenlandse Zaken worden verboden.

De lijst van de letterwoorden waarvan het gebruik is verboden, wordt de drieëntwintigste dag voor de verkiezing in het Belgisch Staatsblad bekendgemaakt".

4. Artikel 157

De Raad stelt vast dat de door artikel 157 van het onderhavig wetsvoorstel nieuw ingevoegde bepaling van artikel 53 in het eerste lid aan de kandidaten voor de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap de mogelijkheid biedt om in hun verklaring van bewilliging van hun kandidaatstelling te vragen dat aan hun lijst hetzelfde letterwoord en hetzelfde volgnummer worden toegekend als die welke op nationaal niveau toegekend zijn aan de lijsten voorgedragen voor de verkiezing van het Europees Parlement.

Opdat echter een politieke formatie die deelneemt aan de verkiezing van de Waalse Gewestraad, maar niet aan de verkiezing van het Europees Parlement eveneens de mogelijkheid krijgt om het gebruik van hetzelfde letterwoord en hetzelfde

volgnummer te vragen, wenst de Raad dat dezelfde regeling ook op het letterwoord en het volgnummer wordt toegepast die op regionaal vlak aan lijsten voor de verkiezing van de Waalse Gewestraad zijn uitgedeeld.

Daarom stelt de Raad voor het nieuwe artikel 53, eerste lid, ingevoegd door artikel 157 van het wetsvoorstel als volgt te formuleren:

"Art. 53 - In afwijking van artikel 21 mogen de kandidaten voor de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap in de verklaring van bewilliging van hun kandidaatstelling vragen dat aan hun lijst hetzelfde letterwoord en hetzelfde volgnummer worden toegekend als die welke op nationaal niveau toegekend zijn aan de lijsten voorgedragen voor de verkiezing van het Europees Parlement of die welke op regionaal niveau toegekend zijn aan de lijsten voor de verkiezing van de Waalse Gewestraad."

5. Artikel 59

Naar analogie van de opmerking bij artikel 131 wenst de Raad dat het nieuwe artikel 55 ingevoegd door artikel 159 van het wetsvoorstel wordt aangepast volgens de opmerkingen van de Raad van State bij de artikelen 34 en 35 van het wetsvoorstel.

6. Artikel 164

Voor artikel 164 van het wetsvoorstel geldt dezelfde opmerking als voor artikel 157.

7. Artikel 166

Zie kommentaar bij artikel 159 van het wetsvoorstel.

HOOFDSTUK III - OPMERKINGEN BETREFFENDE DE INHOUD

§ 1 - Verkiezing van de Kamer van volksvertegenwoordigers en van de Waalse Gewestraad

1. Verkiezing van de Kamer van Volksvertegenwoordigers

Aansluitend bij de resolutie van de Raad van 25 mei 1992 en het amendement bij artikel 1 van de Grondwet uitgewerkt door de bijzondere Commissie van de Raad (zie hoofdstuk 1, §1, 1°) eist de Raad met uitzondering van de Ecolo-fractie dat voor de verkiezing van de Kamer op het Duits taalgebied een eigen kieskring wordt ingericht om ook in de Kamer van Volksvertegenwoordigers voor de bevolking van dit gebied een gewaarborgde vertegenwoordiging te verzekeren.

2. Verkiezing van de Waalse Gewestraad

In afwachting van de konstitutie autonome van de Waalse Gewestraad die zou moeten voorzien in een gewaarborgde en op de bijzondere situatie van het Duits taalgebied afgestemde vertegenwoordiging in de Waalse Gewestraad, wenst de Raad met uitzondering van de Ecolo-fractie dat voor de eerstvolgende verkiezing van de Waalse Gewestraad een eigen kieskring voor het Duits taalgebied wordt ingericht (zie hieromtrent in Bijlage I het amendement bij artikel 6 dat reeds rekening houdt met de opmerkingen van de Raad van State.

§ 2 - Uitoefening van de provinciële bevoegdheden en van de gewone toezicht op de gemeenten van het Duitstalig gebied

Uit het voorbereidend werk voor de herziening van artikel 59ter van de Grondwet (Senaat, 1981-1982, stuk 100, nr. 4/4, blz. 8) blijkt luidens de verklaring van de Minister voor institutionele hervormingen dat § 4 van artikel 59ter o.m. ertoe dienen kan provinciële bevoegdheden uit te oefenen. De Raad ziet hier de mogelijkheid om - naar analogie met de bijzondere regeling voor Brussel - de uitoefening van de bevoegdheden van de Provincieraad en van de Bestendige Deputatie te laten overdragen door het onderhavig wetsvoorstel met een artikel aan te vullen.

Een zulke overdracht is aangepast gelet op het feit dat bij de uitoefening van die bevoegdheden beter rekening kan worden gehouden met de specifieke behoeften van het Duitstalig gebied, wanneer de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap deze uitoefening door middel van reglementaire bepalingen verzekeren. Bovendien bestaan er verschillende gebieden waar de bevoegdheden van de Provincie en van de Gemeenschap elkaar overlappen (bij voorbeeld bij de gezondheidszorg, het toerisme, het onderwijs, op cultureel en sociaal vlak enz.). De handhaving van provinciële bevoegdheden op die gebieden waarop de Gemeenschap wetgevende bevoegdheden bezit, is wegens de territoriale situatie onzinnig. Een reden meer om voor de overdracht van de uitvoering van deze bevoegdheden en van de erbij horende middelen te zorgen.

De modaliteiten van de uitvoering van deze bevoegdheden alsmede de financiering en de overheveling van goederen en van personeel van de Provincie Luik naar de Gemeenschap betreft, worden door een koninklijk besluit vastgelegd.

Omdat de Raad en de Executieve in de toekomst de bevoegdheden van de verkozen provincieorganen voor het Duits taalgebied uitoefenen, is het bijgevolg enkel consequent dat de inwoners van dit gebied de provincieraadsleden van de Provincie Luik niet meer kiezen omdat deze niet meer voor dit gebied bevoegd zijn. Derhalve moet de provinciewet in deze richting worden gewijzigd.

Het amendement in Bijlage II is de technische omzetting van de wensen van de Raad. Er valt op te merken dat het nieuwe artikel zich onder een nieuwe Titel IIbis - "Uitoefening van bevoegdheden

bij toepassing van artikel 59ter van de Grondwet" zal bevinden.

2. Wat het gewaarborgde lid van de Bestendige Deputatie betreft

Zolang deze overdracht niet voltooid is, eist de Raad met uitzondering van de PDB-fractie de opheffing van artikel 55 van de wet van 23 september 1985 betreffende het gebruik van de Duitse taal in gerechtszaken en de gerechtelijke organisatie die de toepassing van artikel 96, tweede lid, van de provinciewet van 30 april 1836 voor het gerechtelijk arrondissement Eupen schorst om tenminste over een gewaarborgd lid van de Bestendige Deputatie uit het Duits taalgebied in de Bestendige Deputatie van de Provincie Luik te beschikken die de specifieke belangen van dit gebied binnen dat uitvoerend orgaan vertegenwoordigt (zie hieromtrent Bijlage III).

3. Wat de gewone toezicht op de gemeenten betreft

Indien niet rekening wordt gehouden met de opmerkingen die de Raad van de Duitstalige Gemeenschap omtrent het voorstel van bijzondere wet tot vervollediging van de federale Staatsstructuur in zijn met redenen omkleed advies van 1 februari 1993 betreffende de gewone toezicht op de gemeenten van het Duits taalgebied heeft gemaakt, eis de Raad tenminste de uitoefening van deze toezicht bij toepassing van artikel 59ter van de Grondwet.

Om in de praktijk bij het toezicht op de gemeenten problemen te voorkomen als degenen die kort geleden door het arrest van de Raad van State (A.44.8232/V/10.230) van 18 november 1992 in verband met het taalgebruik in bestuurszaken duidelijk zijn onderstreept en bovendien om een zo eenvoudig mogelijke toezicht te verzekeren, beschouwt de Raad het als noodzakelijk dat de provincieorganen niet meer in het toezichtsprocedure ingrijpen, wat nogal bij de overdracht van de provinciebevoegdheden gedeeltelijk het geval zal zijn.

Eveneens voor deze overdracht pleit ook de door de lopende staatshervorming geplande uitbreiding van de bevoegdheden van de Gemeenschappen qua organieke wetgeving over de openbare centra voor maatschappelijk welzijn waarop de Duitstalige Gemeenschap zal kunnen steunen om haar Executieve met het toezicht op de O.C.M.W. te belasten.

Om die redenen onderstreept de Raad nog eens dat de uitoefening van het toezicht door de Duitstalige Gemeenschap wegens de nauwe betrekkingen tussen de Gemeenschap en de gemeenten efficiënter zou zijn (zie hieromtrent Bijlage IV).

§ 3 - Onderwijzen van bepaalde vakken in een andere taal (Duits of Frans) dan de onderwijstaal krachtens het enig besluit van de Raad zonder goedkeuring door het Parlement

Artikel 8 van de wet van 30 juli 1963 betreffende het taalgebruik in het onderwijs, naar welke artikel 79 van de wet van 31 december 1983 verwijst, bepaalt dat de besluiten van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap die de voorwaarden vastleggen onder welke

de mogelijkheid bestaat, om bepaalde vakken in onderwijsinrichtingen van het Duits taalgebied in het Duits of in het Frans te onderwijzen wanneer deze talen niet de onderwijstaal zijn, door het Parlement moeten worden goedgekeurd.

Gelet op het feit dat de Duitstalige Gemeenschap voor het onderwijs bevoegd is is de Raad met uitzondering van de PDB-fractie van mening dat een goedkeuring niet meer noodzakelijk is. Deze opmerkingen worden technisch omgezet in Bijlage V.

§ 4 - Uitdrukkelijke opsomming van onverenigbaarheden

De Raad stelt vast dat artikel 8 van het voorstel van bijzondere wet voor de leden van de Vlaamse Raad en de Waalse Gewestraad een uitvoerig lijst van onverenigbaarheden bevat.

De Raad stelt eveneens vast dat noch de wet van 31 december 1983 noch het onderhavig wetsvoorstel in een gelijkaardige bepaling voor de Raad van de Duitstalige Gemeenschap voorziet.

De Raad wenst dat een gelijkaardige, echter op de specifieke situatie van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap afgestemde bepaling betreffende de onverenigbaarheden in de wet van 31 december 1983 wordt opgenomen.

Het amendement in Bijlage VI zet de wensen van de Raad technisch om; de Ecolo-fractie is echter van mening dat het mandaat als lid van de Provincieraad en de eigenschap als personeelslid in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap (zie punten 4 en 10 van het voorgestelde artikel 10bis) in de lijst met de onverenigbaarheden zou moeten worden opgenomen.

§ 5 - Financiële waarborg

Omdat - zoals reeds in bovenvermeld advies (zie hoofdstuk I § 1 punt 4) opgemerkt - artikel 59ter, § 3 van de Grondwet bij de eventuele overdracht van de uitoefening van regionale bevoegdheden niet expliciet in de overdracht van de bijhorende financiële middelen voorziet, moet een zulke garantie in artikel 56 van de wet van 31 december 1983 worden ingebouwd om dit ongeschreven principe in de wet te verankeren (zie Bijlage VII).

§ 6 - Naamsveranderingen (Executieve)

Omdat de benaming van de Executieven van de andere Gemeenschappen en Gewesten door de vervollediging van de federale Staatsstructuur in "regering" wordt gewijzigd en de gelijke behandeling van de verscheidene deelgebieden van de federale Staat België als onomkeerbaar principe geldt, stelt de Raad vast dat de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap ook de naam "regering" moet krijgen en dat de wet van 31 december 1983 terminologisch aan de nieuwe federale staatsstructuur moet worden aangepast.

Een naamsverandering is zeker zinvol omdat ze in bepaalde nieuwe grondwetsartikelen (59quater, 59sexies enz.) indirekt reeds heeft plaatsgehad. Deze artikelen die ook van toepassing zijn op de Duitstalige Gemeenschap bezigen inderdaad het begrip "regering" wanneer zij van de Executieven van de Gemeenschappen en Regeringen spreken (zie Bijlage VIII).

§ 7 - Voordracht van kandidaten voor de verkiezing van het Europees Parlement

De Raad stelt vast dat luidens artikel 210 van het wetsvoorstel waarover de Raad advies moet uitbrengen enkel minstens 200 kiezers de mogelijkheid hebben om kandidaten voor de verkiezing van de vertegenwoordiger van het Duitstalig kiescollege voor te stellen, echter niet een bepaald aantal verkozen mandatarissen zoals dat het geval is voor de twee andere kiescolleges (voorstel door minstens 5 parlementsleden van dezelfde taalgroep).

Bovendien moeten naar mening van de Raad de Belgische kiezers die verblijven op het grondgebied van een ander lidstaat van de Europese Gemeenschap eveneens de mogelijkheid hebben om kandidaten voor de Duitstalige kieskring voor te stellen wanneer ze gekozen hebben voor het Duitstalig kiescollege.

Deze opmerkingen worden technisch omgezet in het amendement IX bij artikel 210.

Bijlage I - Verkiezing van de Kamer van Volksvertegenwoordigers en de Waalse Gewestraad - Wijziging van de artikelen 6 en 7 van het wetsvoorstel en van de bijhorende tabellen

ARTIKEL 6

"De verkiezingen voor de Vlaamse Raad en de Waalse Gewestraad worden gehouden per kieskring; met uitzondering van de kieskringen Eupen/Sankt Vith en Verviers, die samen het administratief arrondissement Verviers omvatten, is iedere kieskring in een of meerdere administratieve arrondissement verdeeld. De administratieve arrondissementen worden verdeeld in kieskantons overeenkomstig de bij deze wet gevoegde tabel.

De samenstelling en de hoofdplaats van de kieskantons zijn die welke vastgesteld zijn in de indelingstabel die bij artikel 87 van het Kieswetboek gevoegd is.

De kiezers voor de Raad worden per kieskanton in stemafdelingen verdeeld overeenkomstig de artikelen 90 en 91, eerste tot derde lid, van het Kieswetboek."

ARTIKEL 47

Artikel 87 van het Kieswetboek worden vervangen door de volgende bepaling.

"Artikel 87 - De verkiezingen voor de Kamer van Volksvertegenwoordigers worden gehouden per kieskring; met uitzondering van de kieskringen Eupen/Sankt Vith en Verviers, die samen het administratief arrondissement Verviers omvatten, is iedere kieskring in een of meerdere administratieve arrondissement verdeeld. De administratieve arrondissementen worden verdeeld in kieskantons overeenkomstig de bij dit wetboek gevoegde tabel."

Bijlage II - Uitoefening van de bevoegdheden van de verkozen provincieorganen - Invoegen van twee nieuwe artikelen alsmede wijziging van de artikelen 223, 232 en 250

ARTIKEL 11TBIS

In dezelfde wet wordt tussen Titel II en Titel III een Titel IIbis, luidend als volgt, ingevoegd : "Uitoefening van bevoegdheden bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet.

ARTIKEL 117TER

in dezelfde wet wordt onder Titel IIbis een artikel 5bis, luidend als volgt, ingevoegd:

"Artikel 5bis - Bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet oefenen de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap voor het Duitstalige gebied alle bevoegdheden van de verkozen provincieorganen uit.

Een Koninklijk besluit bepaalt de preciese modaliteiten van de uitoefening van deze bevoegdheden alsmede van de financiering en van de overdracht van goederen en personeelsleden van de provincie Luik naar de Duitstalige Gemeenschap."

ARTIKEL 223

§ 1 - Tussen lid 1 en 2 van artikel 2 van dezelfde wet wordt een lid, luidend als volgt, ingevoegd:

"Zodra de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet voor het Duits taalgebied de bevoegdheden van de verkozen provincieorganen uitoefenen, behoren de personen die in de bevolkingsregisters van een van de 9 gemeenten van het Duits taalgebied zijn ingeschreven, niet meer tot het kiescollege van de provincie Luik en geldt dit gebied niet meer als een district vermeld in lid 1."

Niet verkiesbaar zijn :

- 1° zij die door veroordeling ontzet zijn van het recht om gekozen te worden;
- 2° zij die met toepassing van artikel 6 van het Kieswetboek uitgesloten zijn van het kiesrecht;
- 3° zij die met toepassing van artikel 7 van hetzelfde Wetboek in de uitoefening van het kiesrecht geschorst zijn.

De verkiesbaarheidsvoorwaarden moeten uiterlijk op de dag van de verkiezing vervuld zijn."

§ 2 wordt § 3.

§ 3, die § 4 wordt, wordt vervangen door de volgende bepaling:

"De groepering van de kieskantons en de aanwijzing van de districthoofdplaatsen worden vastgesteld overeenkomstig de bij deze wet gevoegde tabel. De verdeling van de raadsleden over de kiesdistricten wordt om de tien jaar herzien en bij koninklijk besluit met het bevolkingscijfer in overeenstemming gebracht binnen twee jaar volgend op hetzij de volkstelling hetzij de

vaststelling van het bevolkingscijfer door een ander middel bepaald door de wet."

ARTIKEL 232

Artikel 1 van de wet van 19 oktober 1921 tot regeling van de provincieraadsverkiezingen, gewijzigd door de wet van 26 juli 1948, wordt vervangen door de volgende bepaling:

"Artikel 1 § 1 - Om provincieraadsverkiezer te zijn, moet men :

- 1° Belg zijn;
- 2° de volle leeftijd van achttien jaar hebben voltooid;
- 3° behoudens de bepaling van artikel 3, tweede lid, van de provinciewet van 30 april 1836, in de bevolkingsregisters van een gemeente van de provincie ingeschreven zijn;
- 4° zich niet bevinden in een van de gevallen van uitsluiting of schorsing bepaald bij het Kieswetboek.

§ 2 - De voorwaarden vermeld in § 1, 2° en 4°, moeten vervuld zijn op de dag van de verkiezing; die vermeld in § 1, 1° en 3°, moeten dat zijn op de datum waarop de kiezerslijst wordt afgesloten.

§ 3 - De kiezers die tussen de datum waarop de kiezerslijst wordt afgesloten en de dag van de verkiezing, de Belgische nationaliteit verliezen of niet meer in de bevolkingsregisters van een Belgische gemeente ingeschreven zijn, worden van de kiezerslijst geschrapt.

De kiezers die na de datum waarop de kiezerslijst wordt afgesloten, het voorwerp zijn van een veroordeling of een beslissing die voor hen ofwel de uitsluiting van het kiesrecht, ofwel de schorsing van dat recht op de datum van de verkiezing meebrengt, worden eveneens van de kiezerslijst geschrapt.

§ 4 - Uiterlijk de vijftiende dag voor de datum van de verkiezing stuurt het gemeentebestuur aan de provinciegouverneur of aan de ambtenaar die hij aanwijst twee exemplaren van de kiezerslijst.

§ 5 - De artikelen 6 tot en met 9bis, 13 en 16 tot en met 39 van het Kieswetboek zijn van toepassing op de provincieraadsverkiezingen mits de nodige aanpassingen."

ARTIKEL 250

Artikel 23 van dezelfde wet, gewijzigd door de wetten van 17 maart 1958, 28 juni 1984 en 7 januari 1991, wordt vervangen door de volgende bepaling:

"Artikel 23 - Om tot provincieraadslid verkozen te kunnen worden en om het te kunnen blijven, moet men :

- 1° Belg zijn;
- 2° de volle leeftijd van achttien jaar hebben voltooid;
- 3° behoudens lid 2 in de bevolkingsregisters van een gemeente van de provincie ingeschreven zijn.

Zodra de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet voor het Duits

taalgebied de bevoegdheden van de verkozen provincieorganen uitoefenen, kunnen de personen die in de bevolkingsregisters van een gemeente van het Duits taalgebied zijn ingeschreven, niet meer kandidaat voor de verkiezing van de provincieraad Luik zijn.

Bijlage III - Lid van de bestendige deputatie voor het gerechtelijk arrondissement Eupen - Invoegen van een nieuwe Titel XIV en van een nieuw artikel 332bis in het wetsvoorstel

Titel XIV

Wijziging van de wet van 23 september 1985 betreffende het gebruik van de Duitse taal in gerechtelijke zaken en de gerechtelijke organisatie.

ARTIKEL 332BIS

Artikel 55 van de wet van 23 september 1985 betreffende het gebruik van de Duitse taal in gerechtelijke zaken en de gerechtelijke organisatie wordt opgeheven.

Zodra de Raad en de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet voor het Duits taalgebied de bevoegdheden van de verkozen provincieorganen uitoefenen is artikel 96, lid 2, van de provinciewet van 30 april 1836 niet meer van toepassing op het gerechtelijk arrondissement Eupen.

**Bijlage IV - Uitoefening van de gewone toezicht op de gemeenten van
het Duits taalgebied- Invoegen van een nieuw artikel
117quater in het wetsvoorstel**

ARTIKEL 117QUATER

In dezelfde wet wordt onder Titel II Ibis een artikel 5ter, luidend als volgt, ingevoegd:

"Artikel 5ter - Bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet oefent de Executieve de gewone toezicht uit waarin artikel 7, lid 2, 1°, van de bijzondere wet voorziet."

Bijlage V - Onderwijzen van bepaalde vakken in een andere taal (Duits of Frans) dan de onderwijstaal krachtens het enig besluit van de Raad zonder goedkeuring door het Parlement - Wijziging van artikel 130 alsmede invoeging van de artikelen 117quinquies en 322bis in het wetsvoorstel

ARTIKEL 117QUINQUIES

In dezelfde wet wordt onder Titel IIbis een artikel 5quater, luidend als volgt, ingevoegd :

"Artikel 5quater - Bij toepassing van artikel 59ter, § 4, van de Grondwet bepaalt de Raad voor de onderwijsinrichtingen die in het Duitstalige gebied zijn gevestigd, de voorwaarden volgens welke de mogelijkheid bestaat om een gedeelte van het onderwijsprogramma vanaf het derde schooljaar van het lager onderwijs

1. in de Franse taal in de Duitstalige lagere, de secundaire en de hogere scholen te geven;
2. in de Duitse taal in de Franstalige lagere, de secundaire en de hogere scholen te geven.

ARTIKEL 130

De artikelen 45, 3°, en 79 van dezelfde wet worden opgeheven.

TITEL IXBIS

Wijziging van de wet van 30 juli 1963 betreffende de regeling van het taalgebruik in het onderwijs.

ARTIKEL 322BIS

Artikel 8 van de wet van 30 juli 1963 betreffende de regeling van het taalgebruik in het onderwijs wordt opgeheven.

**Bijlage VI - Uitdrukkelijke opsomming van onverenigbaarheden -
Wijziging van de artikelen 118 en 369 van het
wetsvoorstel en invoegen van een nieuw artikel
119bis**

ARTIKEL 118

Artikel 8, § 4, van dezelfde wet wordt vervangen door de volgende bepaling :

"§ 4 - Wonen de zittingen van de Raad van rechtswege met adviserende stem bij :

1. de in de kieskring Verviers verkozen leden van de Kamer van Volksvertegenwoordigers die hun woonplaats hebben in het Duits taalgebied en die de grondwettelijke eed uitsluitend of in de eerste plaats in het Duits hebben afgelegd;
2. voor zover zij niet lid van de Raad zijn, de in de kieskring Verviers verkozen leden van de Waalse Gewestraad die voldoen aan de twee voorwaarden bepaald in 1°;
3. de door het Franse kiescollege of door de Senaat verkozen senatoren die voldoen aan de twee voorwaarden bepaald in 1°;
4. voor zover zij niet lid van de Raad zijn, de in het kiesdistrict Eupen verkozen provincieraadsleden die voldoen aan de twee voorwaarden bepaald in 1°."

ARTIKEL 119BIS

In dezelfde wet wordt een artikel 10bis, luidend als volgt, ingevoegd :

"Artikel 10bis - Het mandaat als lid van Raad van de Duitstalige Gemeenschap is onverenigbaar met volgende ambten of mandaten :

1. lid van de Kamer van Volksvertegenwoordigers,
2. senator overeenkomstig artikel 53, § 1 1°, 2°, 3°, 4°, 6° en 7°, van de Grondwet,
3. minister of staatssecretaris van de federale Staat,
4. provinciegouverneur, vice-gouverneur, adjunct-gouverneur, provinciegriffier,
5. arrondissementscommissaris,
6. titularis van een gerechtelijke functie,
7. lid van de Raad van State assessor van de afdeling wetgeving of lid van het auditoraat, de coördinatiedienst of de griffie van de Raad van State,
8. rechter, referendaris of griffier bij het Arbitragehof,
9. militair in dienst, met uitzondering van de heringeroepen reserveofficieren en de miliciens,
10. met uitzondering van de personen vermeld in artikel 10, personeelslid onder het administratieve toezicht van de Raad of van de regering of personeelslid van een openbare instelling onder het administratieve toezicht of de controle van de regering,
11. lid van het Rekenhof."

ARTIKEL 369

"Artikel 369 - De artikelen 113, 114 en 119bis, 1° en 2°, alsmede 323 treden in werking bij de eerstkomende volledige vervanging van de Kamer van Volksvertegenwoordigers."

**Bijlage VII - Financieringswaarborg - Wijziging van artikel 123
van het wetsvoorstel**

ARTIKEL 123

In artikel 56 van dezelfde wet, gewijzigd door de wet van 18 juli 1990, worden de punten 1bis en 5, luidend als volgt, bijgevoegd:

"1°bis fiscale ontvangsten bedoeld in deze wet;"

"5. middelen ten laste van de begroting van het Waalse Gewest voor de uitoefening van regionale bevoegdheden door de Duitstalige Gemeenschap bij toepassing van artikel 59ter, § 3, van de Grondwet."

**Bijlage VIII - Naamsveranderingen (Executieve) - Invoegen van een
nieuw artikel 129bis in het wetsvoorstel**

ARTIKEL 129BIS

De woorden "Executieve", "nationale regering" en "nationale overheid" van dezelfde wet worden respectievelijk vervangen door de woorden "regering", "federale regering" en "federale overheid".

De Koning brengt door een in de Ministerraad besloten koninklijk besluit de bepalingen van de toepasselijke wetten en van hun uitvoeringsbesluiten in overeenstemming met de nieuwe federale terminologie door

- a) de woorden "nationale overheid" en "regering" respectievelijk te vervangen door de woorden "federale overheid" en "federale regering";
- b) het woord "Executieve" te vervangen door het woord "regering".

Bijlage IX - Voordracht van kandidaten voor de verkiezing van het Europees parlement - Wijziging van artikel 210 van het wetsvoorstel

Artikel 210*

Artikel 21 van dezelfde wet wordt vervangen als volgt :

1. In § 1 wordt de tekst achter het tweede streepje vervangen door volgende tekst :
"hetzij door ten minste vijfduizend kiezers die in om het even welke van de vijf provincies of in het kieskring Brussel-Halle-Vilvoorde zijn ingeschreven en het kiescollege vormen waartoe de voorgestelde kandidaten behoren."
2. In § 1, tweede lid , worden de woorden "provincie Brabant" vervangen door de woorden "beschouwd als ingeschreven in de kieskring Brussel-Halle-Vilvoorde wanneer zij overeenkomstig artikel 5, laatste lid, voor het Nederlandse of het Franse kiescollege gekozen hebben en beschouwd als ingeschreven in het Duitstalig kiescollege wanneer zij overeenkomstig artikel 5, laatste lid, voor het Duitstalig kiescollege gekozen hebben."
3. § 1 wordt met het volgende lid vervolledigd :
"In het Duitstalig kiescollege moet de voordracht hetzij door 3 leden van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap hetzij door ten minste tweehonderd kiezers ondertekend zijn, ingeschreven in om het even welke gemeente die deel uitmaakt van het college."
4. § 2, vierde lid, eerste zin, wordt vervangen door volgende bepaling :
"De vermelding van een letterwoord waarvan gebruik is gemaakt door een politieke formatie die vertegenwoordigd is in een van beide Kamers en waarvan ter gelegenheid van een vorige verkiezing met het oog op de vernieuwing van het Europese Parlement, van de Wetgevende Kamers of van de gewestraden bescherming werd verleend, kan op gemotiveerd verzoek van die formatie door de Minister van Binnenlandse Zaken worden verboden."
5. § 2, zesde lid, tweede zin, wordt vervangen door de volgende bepaling :
"In dezelfde verklaring moeten de kandidaten die zich voor het Nederlandse, het Franse of het Duitse kiescollege voordragen bevestigen dat zij respectievelijk Nederlandstalig, Franstalig of Duitstalig zijn."

* Indien artikel 21 van de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement gelet op de opmerkingen van de Raad van State in zijn advies van 1 april 1993 nieuw zou worden geformuleerd, wenst de Raad dat rekening wordt gehouden met onderhavig amendement.

Traduction française

AVIS MOTIVE RELATIF A LA PROPOSITION DE LOI VISANT A ACHEVER LA STRUCTURE FEDERALE DE L'ETAT

CHAPITRE I - REMARQUES PRELIMINAIRES

Le présent avis forme un tout avec les remarques formulées par le Conseil à propos de la révision de la Constitution et du projet de loi spéciale visant à achever la structure fédérale de l'Etat. C'est pourquoi, nous les rappelons brièvement ici.

§ 1 - Sur le plan constitutionnel

La Commission spéciale d'étude de la réforme de l'Etat, installée par le Conseil, a présenté les amendements suivants aux textes relatifs à la révision de la Constitution déposés à la Chambre et au Sénat:

1. Amendement relatif à l'article 1 de la Constitution

Tous les groupes du Conseil se prononcent pour l'exercice, dans la région de langue allemande, de toutes les compétences des organes élus de la province de Liège par la Communauté germanophone. Les modalités d'exercice et de financement de ces compétences devraient être réglées par la loi.

2. Amendement relatif à l'article 49 de la Constitution

A l'exception du groupe Ecolo, tous les groupes sont d'avis que la représentation de la population de la Communauté germanophone au niveau fédéral doit tenir compte de son statut particulier de minorité. C'est pourquoi, il est indispensable que la Communauté germanophone dispose également, et surtout, d'une représentation appropriée à la Chambre, outre le siège qui lui est garanti au Sénat.

3. Amendement relatif au nouvel article 59quater de la Constitution

Tous les groupes du Conseil souhaitent que la Communauté germanophone soit également dotée de "l'autonomie constitutive", de manière à assurer l'égalité, toujours recherchée jusqu'ici, entre les trois Communautés du pays.

4. Amendement relatif au nouvel article 59quinquies de la Constitution

Etant donné que l'article 59ter § 3 dans sa version actuelle, qui ne figure pas dans la déclaration de révision de la Constitution, ne dit pas explicitement que le transfert de l'exercice de compétences régionales au Conseil et à l'Exécutif de la Communauté germanophone inclut le transfert de moyens financiers appropriés, tous les groupes souhaitent préciser le nouvel article 59quinquies dans ce sens par une disposition prévoyant le règlement du financement et du transfert éventuel du personnel et des biens. De ce fait, le danger d'une interprétation contradictoire de l'article 59ter § 3 serait écarté.

§ 2 En ce qui concerne la proposition de loi spéciale

Dans l'avis qu'il a rendu le 1er février 1993, le Conseil a présenté des amendements aux articles suivants de la proposition de loi spéciale:

1. L'article 2 § 5 et l'article 4 de la proposition de loi spéciale

Le Conseil exige le transfert à la Communauté germanophone de la tutelle ordinaire sur les neuf communes de la région de langue allemande, étant donné que, d'une part, l'argument utilisé jusqu'ici pour le maintien de cette tutelle aux mains de l'Etat central ne tient plus, notamment en raison du précédent créé pour les communes dites malmédyennes par la loi spéciale du 8 août 1988, et que, d'autre part, les relations entre la Communauté germanophone et les neuf communes de la région de langue allemande sont d'une importance extraordinaire. L'élargissement des compétences des Communautés en matière de législation organique sur les C.P.A.S., prévu par la réforme de l'Etat en cours, qui permettra à la Communauté germanophone de charger son Exécutif de la tutelle sur les C.P.A.S., procède d'ailleurs de la même démarche.

2. L'article 7 de la proposition de loi spéciale

Le Conseil de la Communauté germanophone relève que les conseillers régionaux wallons domiciliés dans une des 9 communes de la région de langue allemande et qui prêtent le serment constitutionnel uniquement ou en premier lieu en allemand font simultanément partie du Conseil de la Communauté française et du Conseil de la Communauté germanophone, une double appartenance qui appelle une clarification.

3. L'article 66 de la proposition de loi spéciale

Le Conseil exige que la Communauté germanophone - et non les Régions - soit autorisée à percevoir des centimes additionnels sur la redevance radio et télévision encaissée dans la région de langue allemande. Les moyens supplémentaires ainsi récoltés pourraient servir au financement des compétences communautaires dans la région de langue allemande, notamment de l'enseignement.

4. L'article 80 de la proposition de loi spéciale

Le Conseil est d'avis qu'il faudrait également appliquer à la Communauté germanophone le règlement prévoyant que les Communautés française et flamande ne doivent pas verser au Ministère des Finances le précompte professionnel sur les primes de fin d'année payées à leur personnel enseignant pour les années 1991 et 1992.

CHAPITRE II - REMARQUES D'ORDRE TECHNIQUE

Le Conseil attire l'attention sur les lacunes de la proposition de loi, dénoncées par le Conseil d'Etat dans son avis du 1er avril 1993.

Le Conseil souhaite qu'il soit tenu compte de ces remarques lors d'un éventuel réaménagement de la proposition de loi, dans la mesure où il s'agit de remarques purement techniques et que les articles en question ne font plus l'objet du présent avis.

§ 1 Modifications de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone

1. L'article 117 de la proposition de loi

L'article 5 § 2 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone renvoie à propos du transfert automatique des bâtiments scolaires à la Communauté à l'article 57, § 3, alinéa 2, 1° de la loi spéciale du 16 janvier 1989 sur le financement des Communautés et des Régions. Ce renvoi n'a pas de sens à proprement parler, étant donné qu'il s'agit de biens totalement différents des bâtiments scolaires, matière déjà traitée de manière exhaustive. De même, le renvoi à l'article 57 § 1 de cette loi spéciale, prévu à l'article 5 § 2, n'a pas de sens, étant donné que cette disposition forme l'alinéa 1er à l'article 5 § 2 de la loi du 31 décembre 1983. Les deux renvois doivent donc être supprimés.

L'article 117 de la proposition de loi devrait être complété par le paragraphe suivant:

"A l'article 5, § 2, alinéa 2 de la même loi, les mots "articles 57, § 3, alinéa 2, 1°, et 57, §§ 1er et 4 à 7" sont remplacés par les mots "article 57, §§ 4 à 7."

2. L'article 121bis

L'article 50 de la loi du 31 décembre 1983 relatif aux conditions et incompatibilités affectant les membres de l'Exécutif qui ne sont pas membres du Conseil renvoie aux articles 9 et 10 de cette même loi; or, l'article 9 a été

abrogé par la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone. Le renvoi à l'article 9 doit donc être supprimé. Il faudrait toutefois ajouter un renvoi à l'article 5 de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone, qui contient en partie les conditions énoncées à l'article 9 précité, de telle sorte qu'il n'y ait pas de disparité entre les membres du Conseil et les membres de l'Exécutif qui ne sont pas membres du Conseil.

Dès lors, il y a lieu d'ajouter un article 121bis libellé comme suit:

"Article 121bis - A l'article 50 de la même loi, les mots "articles 9 et 10" sont remplacés par les mots "à l'article 10 et à l'article 5 de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone."

§ 2 - Modifications de la loi du 6 juillet 1990 réglant les modalités de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone."

1. Article 131 - Elimination de certains problèmes techniques apparus lors de l'élection du Conseil de la Communauté germanophone le 28 octobre 1990

Le Conseil constate que l'article 13 de la présente proposition de loi vise à éviter, pour l'avenir, par une modification des conditions de radiation de la liste électorale ("Sont radiés de la liste électorale, ceux qui sont radiés des registres de population en Belgique après l'établissement de la liste électorale"), les problèmes apparus lors de la dernière élection du Conseil de la Communauté germanophone (refus du droit de vote aux électeurs ayant élu domicile dans une commune ne faisant pas partie de la région de langue allemande après l'établissement de la liste électorale et qui se sont donc déplacés pour rien).

Le Conseil constate en outre que, dans son avis sur la présente proposition de loi, le Conseil d'Etat critique précisément la solution proposée à l'article 131, tout en soulignant l'imperfection de la solution prévue à l'article 3 de la présente proposition de loi (Livre I, Chapitre II - Dispositions générales relatives à l'élection directe des membres du Conseil flamande et du Conseil régional wallon), étant donné que, d'une part, elle ne correspond pas à la nouvelle mouture de l'article 26 § 1 de loi spéciale du 8 août 1980, proposée par la proposition de loi spéciale, et qu'il importe dès lors de formuler autrement le texte relatif à la condition de radiation de la liste électorale et que, d'autre part, il a lieu de prévoir la possibilité de faire figurer sur la liste électorale les citoyens ayant élu domicile dans une commune de la région de langue allemande entre l'établissement de la liste électorale et le jour de l'élection.

Afin de garantir la cohérence de la législation régissant les élections des Conseils, le Conseil souhaite une modification

de l'article 131 qui tienne compte des remarques du Conseil d'Etat sur l'article 3 de la proposition de loi.

2. Article 139

En cas de modification du libellé de l'article 139, les mêmes remarques que pour l'article 131 s'imposent.

3. Article 144

Le Conseil constate que le nouveau libellé de l'alinéa 5 de l'article 22 de la loi du 6 juillet 1990, proposé par l'article 144, vise à donner au Ministre de l'Intérieur la possibilité, sur demande motivée, d'interdire l'utilisation d'un sigle qui a été utilisé par une formation politique représentée au Conseil et qui a fait l'objet d'une protection lors d'une élection antérieure pour le renouvellement du Conseil, des Chambres législatives ou du Parlement européen.

Le Conseil constate en outre que la mesure proposée ne vaut pas jusqu'ici pour les sigles qui ont fait l'objet d'une protection lors d'une élection pour le renouvellement du Conseil régional wallon ou du Conseil provincial de Liège.

Afin d'assurer la protection la plus large possible, le Conseil propose dès lors le libellé suivant :

Article 144 - A l'article 22 de la même loi, l'alinéa 5 est remplacé par les alinéas suivants:

"La mention d'un sigle qui a été utilisé par une formation politique représentée au Conseil et qui a fait l'objet d'une protection lors d'une élection antérieure pour le renouvellement du Conseil, des Chambres législatives, du Parlement européen, du Conseil régional wallon ou du Conseil provincial, peut être interdite par le Ministre de l'Intérieur sur demande motivée de cette formation.

La liste des sigles dont l'usage est prohibé est publiée au MONITEUR BELGE le quarante-troisième jour avant l'élection".

4. Article 157

Le Conseil constate que le nouvel article 53, inséré par l'article 157 de la présente proposition de loi, donne en son alinéa 1 la possibilité aux candidats pour l'élection du Conseil de la Communauté germanophone de demander, dans leur déclaration d'acceptation de leurs candidatures, l'attribution à leur liste du même sigle et du même numéro d'ordre que ceux conférés au niveau national à des listes présentées pour l'élection du Parlement européen.

Toutefois, pour qu'une formation politique qui se présente à l'élection du Conseil régional wallon, mais pas à l'élection du Parlement européen ait également la possibilité de demander l'utilisation du même sigle et du même numéro, le Conseil souhaite que la même règle soit appliquée au sigle et au numéro attribués au niveau régional aux listes qui se présentent à l'élection du Conseil régional wallon.

Dès lors, le Conseil propose de libeller comme suit l'alinéa 1 du nouvel article 53, proposé par l'article 157 de la proposition de loi:

"Article 53 - Par dérogation à l'article 21, des candidats à l'élection du Conseil de la Communauté germanophone peuvent, dans la déclaration d'acceptation de leurs candidatures, demander l'attribution à leur liste du même sigle et du même numéro d'ordre que ceux conférés au niveau national à des listes présentées pour l'élection du Parlement européen ou au niveau régional à des listes présentées pour l'élection du Conseil régional wallon".

5. Article 159

Par analogie avec la remarque formulée à propos de l'article 131, le Conseil souhaite que le libellé du nouvel article 55 soit adapté compte tenu des remarques formulées par le Conseil d'Etat à propos des articles 34 et 35 de la proposition de loi.

6. Article 164

La remarque formulée à propos de l'article 157 de la proposition de loi vaut également pour le présent article.

7. Article 166

Voir la remarque relative à l'article 159 de la proposition de loi.

CHAPITRE III - REMARQUES QUANT AU FOND

§ 1 - Election de la Chambre des Représentants et du Conseil régional wallon

1. Election de la Chambre des Représentants

En accord avec la résolution du Conseil du 25 mai 1992 et l'amendement relatif à l'article 1 de la Constitution, rédigé par la Commission spéciale du Conseil (voir Chapitre I § 1, 1°), le Conseil, à l'exception du groupe Ecolo, réclame la création d'un arrondissement électoral propre à la région de langue allemande pour l'élection de la Chambre des représentants, de manière à assurer à la population de cette région une représentation garantie à la Chambre.

2. Election du Conseil régional wallon

En attendant l'autonomie constitutive du Conseil régional wallon, qui devrait garantir à la population de la région de langue allemande une représentation au sein du Conseil régional wallon qui tienne compte de sa situation spécifique, le Conseil, à l'exception du groupe Ecolo, souhaite pour la prochaine élection du Conseil régional wallon, la création d'un arrondissement électoral propre à la région de langue allemande .

(voir à ce sujet à l'annexe I l'amendement à l'article 6, qui tient déjà compte des remarques du Conseil d'Etat).

§ 2 - Exercice de compétences provinciales et de la tutelle ordinaire sur les communes de la région de langue allemande

1. En ce qui concerne les compétences des organes élus de la province

Il ressort des travaux préparatoires à la révision de l'article 59ter de la Constitution (Sénat, 1981-1982, document 100, n° 4/4, p. 8) et de la déclaration du Ministre des réformes institutionnelles que le § 4 de l'article 59ter permet entre autres l'exercice de compétences provinciales. Le Conseil voit dans cet article la possibilité de transférer à la Communauté germanophone l'exercice des compétences du Conseil provincial et de la Députation permanente, par analogie avec le dispositif spécial prévu pour Bruxelles, et ce par l'insertion d'un article supplémentaire dans le projet de loi examiné.

Ce transfert est indiqué du fait que l'exercice de ces compétences permettra une meilleure prise en charge des besoins spécifiques de la région de langue allemande, si le Conseil et l'Exécutif de la Communauté germanophone exercent ces compétences au moyen de dispositions réglementaires. Par ailleurs, les compétences communautaires et provinciales se chevauchent dans différents domaines (par exemple en matière de santé, de tourisme, dans l'enseignement, sur le plan culturel et social etc.). Le maintien de compétences provinciales dans les domaines où la Communauté dispose d'un pouvoir législatif, n'a pas de sens, vu la situation territoriale. Raison de plus pour procéder au transfert de l'exercice de ces compétences et des moyens financiers correspondants.

Les modalités d'exercice de ces compétences ainsi que du financement et du transfert de biens et de personnel de la Province de Liège à la Communauté germanophone seront fixées par un arrêté royal.

Etant donné que le Conseil et l'Exécutif exerceront pour la région de langue allemande les compétences des organes élus de la Province, quoi de plus logique que les habitants de cette région n'élisent plus les conseillers provinciaux de la Province de Liège, puisque ceux-ci ne seront plus compétents

pour cette région. Une modification de la loi provinciale sera donc nécessaire.

L'amendement figurant à l'Annexe II est la transposition légistique du souhait du Conseil. Il est à remarquer que le nouvel article se trouvera sous un nouveau Titre IIbis intitulé "Exercice de compétences en application de l'article 59ter de la Constitution".

2. En ce qui concerne le Député permanent garanti

Tant que ce transfert n'aura pas eu lieu, le Conseil, à l'exception du groupe PDB, exige l'abrogation de l'article 55 de la loi du 23 septembre 1985 sur l'emploi des langues en matière judiciaire et l'organisation judiciaire qui suspend l'application de l'article 96, deuxième alinéa, de la loi provinciale du 30 avril 1836 pour l'arrondissement judiciaire d'Eupen, de manière à ce que la présence d'au moins un député permanent de la région de langue allemande, qui défende les intérêts spécifiques de cette région au sein de cet organe exécutif, soit garantie dans la Députation permanente de la Province de Liège (voir à ce sujet l'Annexe III).

3. En ce qui concerne la tutelle ordinaire sur les communes

Au cas où il ne serait pas tenu compte des remarques formulées par le Conseil de la Communauté germanophone dans son avis motivé du 1er février 1993 relatif à la proposition de loi spéciale visant à achever la structure fédérale de l'Etat (voir chapitre I, §2, 1°), le Conseil exige qu'il puisse au moins exercer cette tutelle en application de l'article 59ter de la Constitution.

Afin d'éviter, en ce qui concerne la tutelle sur les communes, les problèmes que vient de mettre en évidence le Conseil d'Etat dans son arrêt du 18 novembre 1992 (A. 44.822/V/10.230) sur l'emploi des langues en matière administrative et, plus généralement, afin de garantir une tutelle la moins compliquée possible, le Conseil estime nécessaire que les organes de la Province n'interviennent plus dans le processus de tutelle, ce qui sera de toute façon en partie le cas une fois les compétences provinciales transférées à la Communauté germanophone.

Par ailleurs, l'extension des compétences des Communautés en matière de législation organique sur les centres publics d'aide sociale, prévue par la réforme de l'Etat en cours, qui permettra à la Communauté germanophone de charger son Exécutif de la tutelle sur les C.P.A.S. des neuf communes, plaide également en faveur de ce transfert.

Pour ces raisons, le Conseil souligne une fois de plus que, compte tenu des liens étroits entre la Communauté et les communes, la Communauté germanophone serait en mesure d'assurer une tutelle plus efficace (voir à ce sujet l'Annexe IV).

§ 3 Enseignement de certaines matières dans une langue (allemand ou français) autre que la langue de l'enseignement sur base de la seule décision du Conseil, sans ratification par le Parlement

L'article 8 de la loi du 30 juillet 1963 réglant l'emploi des langues dans l'enseignement, auquel se réfère l'article 79 de la loi du 31 décembre 1983, prévoit la ratification par le Parlement des décisions du Conseil de la Communauté germanophone fixant les conditions sur base desquelles certaines matières peuvent être enseignées en allemand ou en français dans les établissements scolaires de la région de langue allemande lorsque l'enseignement n'est pas dispensé dans l'une ou l'autre de ces langues.

L'enseignement étant de la compétence de la Communauté germanophone, le Conseil estime superflue cette ratification. La transposition légistique de ces observations figure à l'Annexe V).

§ 4 Enumération expresse d'incompatibilités

Le Conseil constate que l'article 8 de la loi spéciale contient une liste exhaustive d'incompatibilités pour les membres du Conseil flamand et du Conseil régional wallon.

Le Conseil constate en outre que ni la loi du 31 décembre 1983 ni la présente proposition de loi ne prévoit une telle disposition pour le Conseil de la Communauté germanophone.

Le Conseil souhaite que, en ce qui concerne les incompatibilités, une disposition similaire, mais adaptée aux particularités du Conseil de la Communauté germanophone soit introduite dans la loi du 31 décembre 1983.

L'amendement à l'Annexe VI est la transposition légistique des desiderata du Conseil; toutefois, le groupe Ecolo estime qu'il y a lieu d'ajouter à la liste des incompatibilités le mandat de conseiller provincial et la qualité de membre du personnel de l'enseignement de la Communauté germanophone (voir les points 4 et 10 de l'article 10bis proposé).

§ 5 Garantie de financement

Comme le relève déjà l'avis précité (voir chapitre I, § 1 4°), l'article 59ter, § 3 de la Constitution ne prévoit pas explicitement que le transfert éventuel de l'exercice de compétences régionales sera accompagné d'un transfert de moyens financiers appropriés; dès lors, il importe de prévoir ce type de garantie à l'article 56 de la loi du 31 décembre 1983, afin de consacrer par la loi ce principe non écrit (voir Annexe VII).

§ 6 Changements d'appellation (Exécutif)

Etant donné que, dans le cadre de l'achèvement de la structure fédérale de l'Etat, les Exécutifs des autres Communautés et Régions changent d'appellation et deviennent des "Gouvernements" et que l'égalité entre les différentes entités de l'Etat fédéral qu'est la Belgique constitue un principe irréversible, le Conseil constate qu'il importe de changer également l'appellation de l'Exécutif de la Communauté germanophone en "Gouvernement" et d'adapter la terminologie de la loi du 31 décembre 1983 à la nouvelle structure fédérale de l'Etat.

Ce changement d'appellation est d'autant plus nécessaire qu'elle est déjà intervenue indirectement via différents articles de la Constitution (59quater, 59sexies etc.). En effet, ces articles de la Constitution, qui s'appliquent également à la Communauté germanophone, utilisent le terme "Gouvernement" lorsqu'ils font référence aux Exécutifs des Communautés et des Régions (voir Annexe VIII).

§ 7 Présentation de candidats à l'élection du Parlement Européen

Le Conseil constate qu'aux termes de l'article 210 de la proposition de loi soumise pour avis, l'acte de présentation des candidats pour l'élection du représentant du collège germanophone au Parlement européen doit être signé par deux cents électeurs au moins; il ne peut pas être signé par un certain nombre de mandataires élus, comme c'est le cas pour les deux autres collèges électoraux (présentation par au moins cinq parlementaires du même groupe linguistique).

Toutefois, comme la représentation du collège électoral germanophone dans les Chambres nationales ne permet pas d'assurer une présentation adéquate, le Conseil souhaite que les candidats pour l'élection du représentant du collège électoral germanophone puissent être présentés par 200 électeurs, mais aussi par au moins trois membres du Conseil.

Par ailleurs, le Conseil estime que les électeurs belges résidant sur le territoire d'un autre Etat-membre de la Communauté européenne doivent également avoir la possibilité de présenter des candidats pour la circonscription électorale germanophone s'ils se sont prononcés pour l'appartenance au collège électoral germanophone. La transposition législative de l'amendement à l'article 210 figure à l'Annexe IX.

Annexe I - Election de la Chambre des Représentants et du Conseil régional wallon - Modification des articles 6 et 47 du projet de loi et des tableaux correspondants

ARTICLE 6

"Les élections pour le Conseil namand et le Conseil régional wallon se font par circonscription électorale; à l'exception des circonscriptions électorales d'Eupen/Saint-Vith et de Verviers, qui comprennent ensemble l'arrondissement administratif de Verviers, chaque circonscription électorale comprend un ou plusieurs arrondissements administratifs, lesquels sont subdivisés en cantons électoraux conformément au tableau annexé à la présente loi.

La composition et le chef-lieu des cantons électoraux sont ceux définis au tableau de répartition annexé à l'article 87 du Code électoral.

Les électeurs pour le Conseil sont répartis par cantons électoraux en sections de vote conformément aux article 90 et 91, alinéas 1er à 3, du Code électoral."

ARTICLE 47

L'article 87 du Code électoral est remplacé par la disposition suivante :

"Article 47. - Les élections pour la Chambre des représentants se font par circonscriptions électorales; à l'exception des circonscriptions électorales d'Eupen/Saint-Vith et de Verviers, qui comprennent ensemble l'arrondissement administratif de Verviers, chaque circonscription électorale comprend un ou plusieurs arrondissements administratifs, lesquels sont subdivisés en cantons électoraux conformément au tableau annexé à la présente loi."

Annexe II - Exercice des compétences des organes élus de la province - Insertion de deux nouveaux articles dans la proposition de loi et modification des articles 223, 232 et 250

ARTICLE 117BIS

Il est inséré dans la même loi, entre le Titre II et le Titre III un Titre IIbis intitulé comme suit "Exercice de compétences en application de l'article 59ter, § 4, de la Constitution

ARTICLE 117TER

Il est inséré dans la même loi, sous le Titre IIbis, un article 5bis intitulé comme suit :

"Article 5bis. - En application de l'article 59ter, § 4, de la Constitution, le Conseil et l'Exécutif de la Communauté germanophone exercent pour la région de langue allemande toutes les compétences des organes élus de la province.

Un arrêté royal définira les modalités précises de l'exercice de ces compétences ainsi que du financement et du transfert de biens et de personnes de la province de Liège à la Communauté germanophone."

ARTICLE 223

§ 1 - Il est inséré, entre les alinéas 1 et 2 de l'article 2 de la même loi, un alinéa libellé comme suit:

"Dès que le Conseil et l'Exécutif de la Communauté germanophone exerceront pour la région de langue allemande, en application de l'article 59ter, § 4, de la Constitution, les compétences des organes élus de la province, les personnes inscrites dans le registre de population d'une des 9 communes de la région de langue allemande n'appartiendront plus au collège électoral de la Province de Liège, et cette région ne sera plus considérée comme un district au sens de l'alinéa 1."

§ 2 - L'alinéa 2 devient l'alinéa 3.

§ 3 - L'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, est remplacé par la disposition suivante:

"Le groupement des cantons électoraux et la désignation des chefs-lieux de districts sont fixés conformément au tableau annexé à la présente loi. La répartition des conseillers entre les districts électoraux est révisée tous les dix ans et mise en rapport avec la population dans les deux années qui suivent soit le recensement de la population soit la détermination du chiffre de celle-ci par tout autre moyen défini par la loi."

ARTICLE 232

L'article 1 de la loi du 19 octobre 1921 organique des élections provinciales, modifiée par la loi du 26 juillet 1948, est remplacé par la disposition suivante:

"Art. 1er. - § 1er. Pour être électeur pour la province, il faut :

1° être belge;

2° être âgé de 18 ans accomplis;

3° sous réserve de la disposition des l'article 2, alinéa 2 de la loi provinciale du 30 avril 1836, être inscrit dans les registres de population d'une commune de la province;

4° ne pas se trouver dans un des cas d'exclusion ou de suspension prévus par Code électoral.

§ 2. Les conditions visées au § 1, 2° et 4°, doivent être réunies le jour de l'élection; celles visées au § 1er, 1° et 3°, doivent l'être à la date à laquelle la liste des électeurs est arrêtée.

§ 3. Les électeurs qui, entre la date à laquelle la liste des électeurs est arrêtée et le jour de l'élection, perdent la nationalité belge ou cessent d'être inscrits dans les registres de population d'une commune belge, sont rayés de la liste des électeurs.

Les électeurs qui, postérieurement à la date à laquelle la liste des électeurs est arrêtée, font l'objet d'une condamnation ou d'une décision emportant dans leur chef soit l'exclusion des droits électoraux, soit la suspension, à la date de l'élection, de ces mêmes droits, sont pareillement rayés de la liste des électeurs.

§ 4. L'administration communale envoie au Gouverneur de la province ou au fonctionnaire qu'il désigne, deux exemplaires de la liste des électeurs au plus tard le vingt-cinquième jour avant la date de l'élection.

§ 5. Les articles 6 à 9bis, 13 et 16 à 39 du Code électoral sont applicables aux élections provinciales, moyennant les adaptations nécessaires."

ARTICLE 250

L'article 23 de la même loi, modifié par les lois des 17 mars 1958, 28 juin 1984 et 7 janvier 1991, est remplacé par la disposition suivante:

"Art. 23. - Pour pouvoir être élu et reste membre du conseil provincial, il faut :

1° être belge;

2° être âgé de 18 ans accomplis;

3° sous réserve de l'alinéa 2, être inscrit dans les registres de population d'une commune de la province.

Dès que le Conseil et l'Exécutif de la Communauté germanophone exerceront pour la région de langue allemande, en application de l'article 59ter, § 4, de la Constitution, les compétences des organes élus de la province, les personnes inscrites dans les

registres de population d'une commune de la région de langue allemande ne pourront plus être candidates à l'élection pour le Conseil provincial de Liège.

Ne sont pas éligibles :

- 1° ceux qui sont privés du droit d'éligibilité par condamnation;
- 2° ceux qui sont exclus de l'électorat par application de l'article 6 du Code électoral;
- 3° ceux qui sont frappés de la suspension des droits électoraux par application de l'article 7 du Code électoral.

Les conditions d'éligibilité doivent être réunies au plus tard le jour de l'élection."

Annexe III - Député permanent pour l'arrondissement judiciaire
d'Eupen - Insertion d'un nouveau Titre XIV et d'un
nouvel article 332bis

Titre XIV

Modification de la loi du 23 septembre 1985 relative à l'emploi de
la langue allemande en matière judiciaire et à l'organisation
judiciaire

ARTICLE 332BIS

L'article 55 de la loi du 23 septembre 1985 relative à l'emploi de
la langue allemande en matière judiciaire et à l'organisation
judiciaire est abrogé.

Dès que le Conseil et l'Exécutif de la Communauté germanophone
exerceront pour la région de langue allemande, en application de
l'article 59ter, § 4, de la Constitution, les compétences des
organes élus de la province, l'article 96, alinéa 2, de la loi
provinciale du 30 avril 1836 ne sera plus d'application à
l'arrondissement judiciaire d'Eupen.

**Annexe IV - Exercice de la tutelle ordinaire sur les communes de la
région de langue allemande - Insertion d'un nouvel
article 117quater dans la proposition de loi**

ARTICLE 117QUATER

Il est inséré dans la même loi, sous le Titre IIbis, un article
5ter libellé comme suit:

"Art. 5ter - En application de l'article 59ter, § 4, de la
Constitution, l'Exécutif exerce la tutelle ordinaire prévue à
l'article 7, alinéa 2, 1°, de la loi spéciale."

Annexe V - Enseignement de certaines matières dans une autre langue
(allemand ou français) que la langue de
l'enseignement sur base de la seule décision du
Conseil sans ratification par le Parlement -
Modification de l'article 130 et insertion des
articles 117 quinquies et 322bis dans la proposition
de loi

ARTICLE 117QUINQUIES

Dans la même loi, il est inséré, sous le Titre IIbis, un article
5quater libellé comme suit :

"Art. 5quater - En application de l'article 59ter, § 4, de la
Constitution, le Conseil fixe, pour les établissements scolaires
de la région de langue allemande, les conditions dans lesquelles
existe la possibilité de dispenser, à partir de la troisième année
de l'enseignement primaire, une partie du programme d'études

1. en langue française dans les écoles primaires, secondaires et
supérieures de langue allemande;
2. en langue allemande dans les écoles primaires, secondaires et
supérieures de langue française."

ARTICLE 130

Les articles 45, 46, 3°, et 79 de la même loi sont abrogés.

Un titre IXbis supplémentaire est inséré dans la proposition de
loi.

TITRE IXBIS

Modification de la loi du 30 juillet 1963 relative à l'emploi des
langues dans l'enseignement

ARTICLE 322BIS

L'article 8 de la loi du 30 juillet 1963 relative à l'emploi des
langues dans l'enseignement est abrogé.

**Annexe VI - Énumération expresse d'incompatibilités - Modification
des articles 18 et 369 de la proposition de loi et
insertion d'un nouvel article 119bis**

ARTICLE 118

L'article 8, § 4, de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

"§ 4 - Assistent d'office avec voix consultative aux séances du Conseil :

- 1° les membres de la Chambre des représentants élus dans la circonscription électorale de Verviers, qui sont domiciliés dans la région de langue allemande et qui ont prêté le serment constitutionnel uniquement ou en premier lieu en allemand;
- 2° s'ils ne sont pas membres du Conseil, les membres du Conseil régional wallon élus dans la circonscription électorale de Verviers, qui satisfont aux deux conditions mentionnées sous 1°;
- 3° les sénateurs élus par le collège français et par le Sénat qui satisfont aux deux conditions mentionnées sous 1°;
- 4° s'ils ne sont pas membres du Conseil, les conseillers provinciaux élus dans l'arrondissement électoral d'Eupen, qui satisfont aux deux conditions mentionnées sous 1°."

ARTICLE 119BIS

Dans la même loi, il est inséré un article 10bis libellé comme suit:

"Art. 10bis. - Le mandat de membre du Conseil de la Communauté germanophone est incompatible avec les fonctions ou mandats suivants :

- 1° membre de la Chambre des représentants;
- 2° sénateur conformément à l'article 53, § 1, 1°, 2°, 3°, 4°, 6° et 7°, de la Constitution;
- 3° ministre ou secrétaire d'Etat de l'Etat fédéral;
- 4° Gouverneur de la Province, vice-gouverneur ou gouverneur adjoint, greffier provincial;
- 5° commissaire d'arrondissement;
- 6° titulaire d'une fonction judiciaire;
- 7° membre du Conseil d'Etat, assesseur de la section de législation ou membre de l'auditorat, du bureau de coordination ou du greffe du Conseil d'Etat;
- 8° juge, référendaire ou greffier à la Cour d'arbitrage;
- 9° militaire en service actif, à l'exception des officiers de réserve rappelés sous les drapeaux et des miliciens;
- 10° sauf les personnes mentionnées sous 10°, membre du personnel sous tutelle administrative du Conseil ou du gouvernement ou membre du personnel d'un organisme de droit public sous tutelle administrative ou sous contrôle du gouvernement;
- 11° membre de la Cour des Comptes."

ARTICLE 369

"Art. 369 - Les articles 113, 114 et 119bis, 1° et 2°, ainsi que 323 entrent en vigueur au prochain renouvellement complet de la Chambre des représentants."

**ANNEXE VII - Garantie de financement - Modification de l'article
123 de la proposition de loi**

ARTICLE 123

L'article 56 de la même loi, modifiée par la loi du 18 juillet 1990, est complété par les points lbis et 5, libellés comme suit:

"1° les recettes fiscales visées par cette loi;"

"5° les crédits à charge du budget de la Région wallonne pour l'exercice de compétences régionales par la Communauté germanophone, en application de l'article 59ter, § 3, de la Constitution."

**Annexe VIII - Changements de dénomination (Exécutif) - Insertion
d'un nouvel article 129bis dans la proposition
de loi**

ARTICLE 129BIS

Les mots "Exécutif", "gouvernement national" et "autorité nationale" de la même loi sont remplacés par les mots "gouvernement", "gouvernement fédéral" et "autorité fédérale".

Le Roi met en concordance avec la nouvelle terminologie fédérale, par un arrêté royal délibéré en Conseil des ministres, les dispositions des lois applicables et leurs arrêtés d'exécution

a) en remplaçant les mots "autorité nationale" et "gouvernement" par les mots "autorité fédérale" et "gouvernement fédéral";

b) en remplaçant le mot "Exécutif" par le mot "gouvernement".

Annexe IX - Présentation de candidats pour l'élection du Parlement européen - Modification de l'article 210 de la proposition de loi

ARTICLE 210*

L'article 210 de la même loi est modifié comme suit:

1. Au § 1, le texte suivant le deuxième tiret est remplacé par le texte suivant :
"soit par cinq mille électeurs au moins, inscrits dans une quelconque des cinq provinces ou dans la circonscription électorale de Bruxelles-Hal-Vilvorde qui relèvent du collège électoral auquel appartiennent les candidats proposés.";
2. Au § 1, deuxième alinéa, les mots "province de Brabant" sont remplacés par le texte "considérés comme inscrits dans la circonscription électorale de Bruxelles-Hal-Vilvorde s'ils se sont prononcés pour le collège électoral néerlandais ou français conformément à l'article 5, dernier alinéa, et considérés comme inscrits dans circonscription électorale germanophone, s'ils se sont prononcés pour le collège électoral germanophone conformément à l'article 5.";
3. Le § 1 est complété par l'alinéa suivant:
"Dans le collège électoral germanophone, l'acte de présentation doit être signé soit par 3 membres du Conseil de la Communauté germanophone soit par deux cents électeurs au moins, inscrits dans l'une quelconque des communes des communes faisant partie du collège électoral.";
4. Le § 2, alinéa 4, première phrase, est remplacé par la disposition suivante:
"La mention d'un sigle qui a été utilisé par une formation politique représentée dans l'une ou l'autre des Chambres et qui a fait l'objet d'une protection lors d'une élection pour le renouvellement du Parlement européen, des Chambres législatives ou des conseils régionaux, peut être interdite par le Ministre de l'Intérieur sur demande motivée de cette formation.";
5. Le § 2, alinéa 6, deuxième phrase, est remplacé par la phrase suivante:

"Dans la même déclaration, les candidats qui se présentent devant le collège électoral français, néerlandais ou germanophone doivent certifier qu'ils sont d'expression française, néerlandaise ou germanophone."

* Au cas où l'article 21 de la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen serait réécrit suite aux observations formulées par le Conseil d'Etat dans son avis du 1er avril 1993, le Conseil souahtie qu'il soit tenu compte du présent amendement

ZUSATZGUTACHTEN DER ECOLO-FRAKTION IM RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUM GESETZESVORSCHLAG ZUR VOLLENDUNG DER FÖDERALEN STAATSSTRUKTUR.

§1 - Wahl des Europäischen Parlaments

Die ECOLO-Fraktion im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellt fest, daß der Gesetzesvorschlag zur Vollendung der Föderalen Staatsstruktur (Kammerdokument Nr 897/1) in seinen Artikeln 201 bis 221 das Gesetz vom 23. März 1989 bezüglich der Wahlen zum Europäischen Parlament unter anderem in dem Sinne abändert, als ein deutschsprachiger Wahlkreis eingeführt wird und die Wähler des deutschsprachigen Wahlkollegiums einen Vertreter für das Europäische Parlament wählen.

Die ECOLO-Fraktion erachtet, daß hierdurch das belgische Verhältniswahlrecht in ein Mehrheitswahlrecht umgeändert wird. Sie bedauert, daß hierdurch eine pluralistische Vertretung unmöglich gemacht wird und befürchtet eine Verarmung des politischen und gesellschaftlichen Spektrums.

Die ECOLO-Fraktion hegt außerdem die Befürchtung, daß infolge der ab 1994 vorgesehenen Einführung des elektronischen Wahlvorgangs im deutschsprachigen Wahlkreis für die belgischen Staatsbürger, die ihren Wohnsitz in einem anderen EG-Mitgliedsstaat haben und gemäß dem Gesetzesvorschlag Nr 897/1 die Möglichkeit der Briefwahl im deutschsprachigen Wahlkreis in Anspruch nehmen, das Prinzip des Wahlheimnisses nicht gewährleistet werden kann.

§2 - Ausdrückliche Auflistung von Unvereinbarkeiten

Die ECOLO-Fraktion im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist der Meinung, daß eine ausdrückliche Auflistung der Unvereinbarkeiten in das Gesetz vom 31. Dezember 1983 aufgenommen werden soll. Diese Liste sollte die gleichen Unvereinbarkeiten vorsehen, wie sie in Artikel 8 des Sondergesetzesvorschlag zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur für die Mitglieder des Flämischen Rates sowie für die Mitglieder des Wallonischen Regionalrates vorgesehen sind. Außerdem sollten diese Unvereinbarkeiten auch für die Mitglieder der Regierung vorgesehen werden, die nicht Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind.

Aus diesem Grund schlägt die ECOLO-Fraktion vor, einen Artikel 119Bis mit folgenden Wortlaut in das Gesetz aufzunehmen:

Art 119Bis :

Es wird ein Artikel 10Bis mit folgendem Wortlaut in dasselbe Gesetz eingefügt :

"Art 10Bis - Das Mandat als Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist unvereinbar mit folgenden Ämtern oder Mandaten :

- 1. Mitglied der Abgeordnetenkommission,*
- 2. Senator nach Artikel 53 § 1, 2, 3, 4, 6 und 7 der Verfassung,*
- 3. Minister oder Staatssekretär des Föderalstaates,*
- 4. Provinzgouverneur, stellvertretender Gouverneur, beigeordneter Gouverneur, Provinzialrat, Direktor der Provinzverwaltung,*
- 5. Bezirkskommissar,*
- 6. Amtsinhaber im Gerichtswesen,*
- 7. Staatsratsmitglied, Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung oder Mitglied des Auditorats, des Koordinationsbüros oder der Kanzlei des Staatsrates,*
- 8. Richter, Referendar oder Greffier beim Schiedshof,*
- 9. Militärperson im Dienst, mit Ausnahme der wiedereingezogenen Reserveoffiziere und Wehrpflichtigen,*
- 10. Mitglied des Personals unter der Dienstaufsicht des Rates oder der Regierung oder Mitglied des Personals einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung unter der Dienstaufsicht oder Kontrolle der Regierung,*
- 11. Mitglied des Rechnungshofes.*

Diese Unvereinbarkeiten gelten auch für Mitglieder der Regierung, die nicht Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind."

§3 - Zulassung von EG-Bürgern zur Wahl des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Ecolo-Fraktion im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist der Auffassung, daß ausländischen Mitbürgern - insbesondere EG-Bürgern - die ihren Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben, die Beteiligung an den Wahlen zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft ermöglicht werden muß. Sie fordert den Gesetzgeber auf, die notwendigen Vorkehrungen zur Abänderung des Grundgesetzes zu treffen, sodaß die Beteiligung an den Wahlen zum Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den angesprochenen Personenkreis ermöglicht wird.

**BIJKOMEND ADVIES VAN DE ECOLO-FRACTIE IN DE RAAD VAN DE
DUISTALIGE GEMEENSCHAP BETREFFENDE HET WETSVORSTEL TOT
VERVOLLEDIGING VAN DE FEDERALE STAATSSTRUCTUUR**

§ 1 - Verkiezing van het Europees Parlement

De ECOLO-fractie in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap stelt vast dat het wetsvoorstel tot vervollediging van de federale staatsstructuur (Kamerdoc. 897/1) in zijn artikelen 201 en 221 de wet van 23 maart 1989 betreffende de verkiezing van het Europees Parlement onder meer in die zin wijzigt dat een Duitstalige kieskring wordt ingericht en dat de kiezers van het Duitstalig kiescollege een vertegenwoordiger voor het Europees Parlement verkiezen.

De ECOLO-fractie is van mening dat daardoor het Belgische verhoudingskiesrecht in een meerderheidskiesrecht wordt gewijzigd. Zij betreurt dat daardoor een pluralistische vertegenwoordiging onmogelijk wordt gemaakt en vreest een verarming van het politieke en maatschappelijke spectrum.

De ECOLO-fractie vreest bovendien dat tengevolge van de vanaf 1994 geplande invoering van de elektronische stemming in de Duitstalige kieskring voor de Belgische staatsburgers die hun woonplaats in een andere EG-lidstaat hebben en overeenkomstig het wetsvoorstel 897/1 van de mogelijkheid gebruik maken om per brief te stemmen, het principe van het kiesgeheim niet kan worden gewaarborgd.

§ 2 - Uitdrukkelijke opsomming van onverenigbaarheden

De ECOLO-fractie in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap is van mening dat een uitdrukkelijke opsomming van onverenigbaarheden in de wet van 31 december 1983 moet worden opgenomen. Deze lijst zou dezelfde onverenigbaarheden omvatten als de lijst in artikel 8 van het voorstel van bijzondere wet tot vervollediging van de federale staatsstructuur die de onverenigbaarheden voor de leden van de Vlaamse Raad en van de Waalse Gewestraad omvat. Bovendien zouden deze onverenigbaarheden ook voor de leden van de regering moeten gelden die niet lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap zijn.

Daarom stelt de ECOLO-fractie voor een artikel 119bis, luidend als volgt, in de wet op te nemen :

Artikel 119bis - In dezelfde wet wordt een artikel 10bis, luidend als volgt, ingevoegd :

"Artikel 10bis - Het mandaat als lid van Raad van de Duitstalige Gemeenschap is onverenigbaar met volgende ambten of mandaten :

1. lid van de Kamer van Volksvertegenwoordigers,
2. senator overeenkomstig artikel 53, § 1 1°, 2°, 3°, 4°, 6° en 7°, van de Grondwet,
3. minister of staatssecretaris van de federale Staat,
4. provinciegouverneur, vice-gouverneur, adjunct-gouverneur, provincieraadslid of provinciegriffier,
5. arrondissementscommissaris,
6. titularis van een gerechtelijke functie,
7. lid van de Raad van State assessor van de afdeling wetgeving of lid van het auditoraat, de coördinatiedienst of de griffie van de Raad van State,
8. rechter, referendaris of griffier bij het Arbitragehof,
9. militair in dienst, met uitzondering van de heringeroepen reserveofficieren en de miliciens,
10. met uitzondering van de personen vermeld in artikel 10, personeelslid onder het administratieve toezicht van de Raad of van de regering of personeelslid van een openbare instelling onder het administratieve toezicht of de controle van de regering,
11. lid van het Rekenhof."

Deze onverenigbaarheden gelden ook voor de leden van de regering die niet lid van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap zijn.

§ 3 - Toelating van de EG-burgers tot de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap

De ECOLO-fractie in de Raad van de Duitstalige Gemeenschap is van mening dat buitenlandse onderdanen, inzonderheid EG-burgers, die in het Duits taalgebied woonachtig zijn, de mogelijkheid moeten krijgen om aan de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap deel te nemen. Zij verzoekt dringend de wetgever de nodige maatregelen voor een herziening van de Grondwet te treffen zodat voor de bovenvermelde personen de deelneming aan de verkiezing van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap mogelijk wordt gemaakt.

* * *

**AVIS ADDITIONNEL DU GROUPE ECOLO DU CONSEIL DE LA COMMUNAUTE
GERMANOPHONE RELATIF A LA PROPOSITION DE LOI VISANT A ACHEVER LA
STRUCTURE FEDERALE DE L'ETAT**

§ 1 Election du Parlement européen

Le groupe Ecolo au Conseil de la Communauté germanophone constate que la proposition de loi visant à achever la structure fédérale de l'Etat (Document de la Chambre n° 897/1) modifie dans ses articles 201 et 221 la loi du 23 mars 1989 relative à l'élection du Parlement européen en ce sens qu'elle prévoit entre autres la création d'une circonscription électorale germanophone et donne aux électeurs du collège germanophone la possibilité d'élire un représentant au Parlement européen.

Le groupe ECOLO estime que cette proposition modifie le système électoral belge, qui est proportionnel, en un système électoral majoritaire. Il regrette que cette modification empêche toute représentation pluraliste et craint qu'elle n'entraîne un appauvrissement du paysage politique et social.

Le groupe ECOLO craint en outre qu'à la suite de l'introduction du vote électronique dans la circonscription électorale germanophone, prévue pour 1994, le secret du vote ne puisse plus être garanti aux citoyens belges, domiciliés dans un autre Etat-membre de la Communauté européenne, qui profitent de la possibilité, prévue dans le document 897/1 pour le collège électoral germanophone, de voter par correspondance.

§ 2 Enumération expresse d'incompatibilités

Le groupe ECOLO du Conseil de la Communauté germanophone estime utile d'insérer dans la loi du 31 décembre 1983 une énumération expresse de toutes les incompatibilités prévues. Cette liste devrait être identique à celle prévue à l'article 8 de la proposition de loi spéciale visant à achever la structure fédérale de l'Etat pour les membres du Conseil flamand et du Conseil régional wallon. De plus, ces incompatibilités devraient être étendues aux membres du gouvernement qui ne sont pas membres du Conseil de la Communauté germanophone.

Dès lors, le groupe ECOLO propose d'insérer dans la proposition de loi un article 119bis libellé comme suit :

Art. 119bis - Dans la même loi, il est inséré un article 10bis libellé comme suit :

"Art. 10bis. - Le mandat de membre du Conseil de la Communauté germanophone est incompatible avec les fonctions ou mandats suivants :

- 1° membre de la Chambre des représentants;
- 2° sénateur conformément à l'article 53, § 1, 1°, 2°, 3°, 4°, 6° et 7°, de la Constitution;
- 3° ministre ou secrétaire d'Etat de l'Etat fédéral;
- 4° Gouverneur de la Province, vice-gouverneur ou gouverneur adjoint, conseiller provincial ou greffier provincial;
- 5° commissaire d'arrondissement;
- 6° titulaire d'une fonction judiciaire;
- 7° membre du Conseil d'Etat, assesseur de la section de législation ou membre de l'auditorat, du bureau de coordination ou du greffe du Conseil d'Etat;
- 8° juge, référendaire ou greffier à la Cour d'arbitrage;
- 9° militaire en service actif, à l'exception des officiers de réserve rappelés sous les drapeaux et des miliciens;
- 10° sauf les personnes mentionnées sous 10°, membre du personnel sous tutelle administrative du Conseil ou du gouvernement ou membre du personnel d'un organisme de droit public sous tutelle administrative ou sous contrôle du gouvernement;
- 11° membre de la Cour des Comptes."

Ces incompatibilités s'appliquent également aux membres du gouvernement qui ne sont pas membres du Conseil de la Communauté germanophone .

§ 3 - Admission des ressortissants de la Communauté européenne à l'élection du Conseil de la Communauté germanophone

Le groupe ECOLO du Conseil de la Communauté germanophone estime que les ressortissants étrangers, et surtout les ressortissants de la Communauté européenne, qui sont domiciliés dans la région de langue allemande devraient avoir la possibilité de participer à l'élection du Conseil de la Communauté germanophone. Il invite le législateur à prendre les dispositions nécessaires à la modification de la Constitution de telle sorte que les personnes concernées par ce problème puissent prendre part à l'élection du Conseil de la Communauté germanophone.